

Bezugspreis:

Für den Monat Mai 5000 M. voraus zahlen. Unter Bezugnahme...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 16. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Baldwins Reparationsrechnung.

London, 15. Mai. (W.B.) In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage...

Das deutsche Angebot nimmt die Beschaffung einer internationalen Anleihe von 20 Milliarden Goldmark...

Millionen Pfund Sterling, in seinem wesentlichen Teil auf weniger etwa 1300 Millionen oder ungefähr soviel hinausgehen.

Der britische, auf der Pariser Konferenz vorgeschlagene Vorschlag gab Zahlungen mit einem Gegenwartswert von 2500 Millionen Pfund Sterling vor...

Rußlanddebatte im Unterhause.

London, 15. Mai. (W.B.) Heute nachmittag begann im Unterhause die mit großer Spannung erwartete Debatte über die englisch-russischen Beziehungen.

Als Vertreter der englischen Regierung antwortete Unterstaatssekretär Mac Neill. Er begann damit, daß er die Gerüchte von einem bevorstehenden Kriege zwischen den beiden Ländern ad absurdum führte.

Anstalten gemacht, die Schadenersatzansprüche dieser Leute zu erfüllen und er habe auch jetzt noch nichts davon.

Mac Neill streifte dann noch die Frage der Religionsverfolgungen in Rußland und schloß damit, daß er darauf hinwies, England habe nur in dem Sinne ein Ultimatum an Rußland erlassen...

Rußlands Antwort.

Moskau, 15. Mai. (W.B.) Die russische Telegraphenagentur teilt mit: Die am 12. Mai dem englischen Agenten in Moskau eingehende Antwortnote Litwinows beginnt mit dem Hinweis darauf, daß der unbegründete feindselige Ton des englischen Ultimatum der russischen Regierung unerwartet war.

Der rumänische Wetterwinkel.

Von Dr. J. Pistiner-Czernowich.

Der bevorstehende Hamburger Weltkongreß gibt Veranlassung, sich mit den Verhältnissen sonst abseits liegender Staaten vertraut zu machen.

Die natürlichen Reichtümer Rumäniens konnten aber nicht lange unausgenutzt bleiben. Ausländisches Kapital erschloß die Oelfelder und eine Industrie entstand im Bezirke der Oelfelder.

Der große Klassengegensatz — auf der einen Seite der Großgrundbesitzer, der in Bukarest Pariser Luxus mit orientalischer Heppigkeit vereinigte, auf der anderen der Bauer, der bei angestrengter Arbeit kaum genug Maisbrot hatte...

Ganz anders die neuen Provinzen. Unter ihnen ist Bessarabien viel agrarischer als Ultrarumänien und dennoch die revolutionärste Provinz.

Diese Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß im Oktober 1920 ein Generalstreik ausbrach mit politischen Zielen und ohne Begrenzung.

All das bewirkte eine Verschiebung in den politischen Machtverhältnissen. Die Arbeiter mit ihren 19 Abgeordneten und drei Senatoren waren eine Macht weit über diese Ziffer hinaus.

Den beiden rein sozial orientierten Parteien der Bauern („Zarunisten“) und der Sozialisten stehen die heute herrschenden Klassen unter verschiedenen Firmenbezeichnungen gegenüber. Die nationalliberale Partei Bratianus, die bis zum Augenblick das Land noch immer beherrscht, verbindet die politischen Methoden des orientalischen Despotismus mit den wirtschaftlichen des modernen Kolonialkapitalismus. Die Politik ist ihr ein Geschäft, das sie direkt in Jinsen umsetzt. Sie ist nicht etwa Vertreter der kapitalistischen Klasse, sondern sucht bloß die Vorherrschaft einer kleinen Oberschicht zu erhalten und diese zu bereichern. Sie herrscht durch ihr Bankensystem.

Dieses Bank-Despotentum ist nicht die Vertreterin des Kapitalismus. Das ist die sogenannte „Nationalpartei“. Es ist kein Zufall, daß sie ursprünglich das provinzielle Gewand des Siebenbürgentums an hatte, denn Siebenbürgen und Banat sind der kapitalistisch entwickelte Teil Rumäniens. Sind die Nationalliberalen die in den Orient verfehlten Junker Preußens, so ist die Nationalpartei dynastisch, konservativ in der Gesetzgebung, nationalitätlich, aber konstitutionell, legal und in der Wirtschaft kapitalistisch. Die Liberalen machen freiheitliche Gesetze, aber sie mißachten sie, und statt der Gesetze herrscht die Willkür der Verwaltung bis zum Morde. Es besteht formell das Briefgeheimnis, aber die Praxis ist derart, daß beispielsweise von diesem Artikel bestimmt eine photographische Kopie angefertigt worden ist, die im Personalakte des Verfassers in den Archiven der Staatspolizei für gelegentlichen Gebrauch aufbewahrt wird.

Der große innere Kampf heute ist der zwischen diesen beiden Parteien. In diesem Kampfe hat die Nationalpartei die Unterstützung der Bauernpartei gesucht und gefunden, obwohl ihr vor diesem Bundesgenossen graut, bei dem die Stimmung der Revolte immer mehr an Raum gewinnt. Wenn auch ein Teil der Bauern willig den Nationalisten folgen wird, ein Teil wird zur Arbeiterchaft gedrängt, weil sie ihm wirtschaftlich und politisch näher steht, der größte Teil lehnt sich aber gegen die Städter überhaupt auf. Der Städter ist ihm Gendarm, Exekutor. Er braucht keinen Kapitalismus und will Land, mehr Land, als ihm die Agrarreform geboten hat. Und hat er das Land, so kann er es nicht verwerten, denn ihm fehlen Vieh und Geräte. Wenn auch die vielen Gerüchte über eine Revolution in Rumänien unwahr sind, so ist es wahr, daß sehr viele auf die Revolte der Bauern spekulieren.

Noch verhalten sich die Arbeiter passiv, sie bauen ihre Organisationen auf und warten ab. Wie lange sie in dieser Rolle eines Zuschauers werden bleiben können, läßt sich nicht abschätzen. Sie allein haben Geduld. Sie unterstützen und fördern alle Bestrebungen auf Industrialisierung und Demokratisierung des Staates, sie wissen aber auch, daß die, die heute von ihnen gefördert werden, morgen ihre Gegner sein werden. Inzwischen geht aber die Industrialisierung des Landes vor sich. Es sind jetzt reichliche da, als daß sie ungenützt bleiben könnten. Die Liberalen und ihre sonstigen oligarchischen Spielarten sind imstande, die Entwicklung zu verlangsamen, aber verhindern können sie sie nicht. Sie wissen das auch und deshalb beobachten sie die kleinste Zusammenkunft der Arbeiter mit mehr Mißtrauen als die größte Bauerndemonstration. Gegen die Bauern hoffen sie mit Kanonen fertig zu werden, die Arbeiter sind aber nicht zu bekämpfen; ihre Organisationen kann man zerstören, aber die Klasse bleibt und wächst an Zahl und wirtschaftlichem Einfluß. Sie sind die Bürgschaft für die Entwicklung Rumäniens. Die Bauern können revolutionieren, aber der revolutionäre Faktor in der Entwicklung ist die industrielle Arbeiterchaft.

Außenpolitisch steht Rumänien im Banne des französischen Franken. Wie es sich einst rühmte, der Gendarm Europas gegen Sowjetrußland zu sein, so ist es heute bereit, jedes Abenteuer Frankreichs mitzumachen. Nur die ewigen Geldnöte diktieren ihm manchmal andere Rücksichten. Dazu kommt, daß dasselbe Frankreich auch der Protektor Ungarns, und zwar des legitimistischen Ungarns, ist, obwohl von diesem Rumäniens Integrität bedroht ist. Aber wichtiger als das nationale Inter-

esse ist den Liberalen das finanzielle. Im Augenblick schickt sich der internationale Geldmensch Sacharoff an, in Rumänien einen großen Fischzug zu machen. Er will Rumänien sechs Milliarden Lei borgen, davon vier in Waren gegen eine Provision von 600 Millionen. Daß nicht er allein diese „Provision“ bekommen wird, weiß jeder Kenner der Dinge.

Krisengerüchte.

Ausländische Agenturen wußten gestern zu melden, daß der Reichsaußenminister v. Rosenberg ein Demissionsgesuch eingebracht habe, das jedoch abgelehnt worden sei. Die Nachricht, die in einen Teil der Auslandspresse überging — sie war, wie uns gemeldet wird, schon in den gestrigen Wiener Abendblättern verzeichnet —, entbehrt nach unseren Informationen jeder Begründung. Das Reichskabinett hat seine Beratung über die Antwortnoten der Entente noch nicht abgeschlossen und noch keine Beschlüsse gefaßt.

Bei der heutigen dritten Beratung des Etats beabsichtigt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Mund des Genossen Hermann Müller ihre Auffassung von der gegenwärtigen außenpolitischen Lage darzulegen. Ihre Vertreter sind zuvor um 9 Uhr morgens zum Reichskanzler erschienen, der dann um 10 Uhr auch die Vertreter der Arbeitergemeinschaft empfangen will. Gestern waren auch Abgeordnete des besetzten Gebietes aus allen Parteien zu einer Besprechung in der Reichskanzlei, an der neben dem Reichskanzler auch die Minister v. Rosenberg und Brauns teilnahmen.

Volkspartei und Erfassung der Sachwerte.

Herrn Stresemann scheint die Beachtung, die sein Aufsatz im „Vorwärts“ gefunden hat, nicht ganz angenehm zu sein. Er läßt durch die „Zeit“ mitteilen, daß zwischen der Auffassung der Volkspartei und der sozialdemokratischen Auffassung über die Erfassung der Sachwerte ein grundsätzlicher Unterschied besteht. Die Sozialdemokratie habe mit ihrer Forderung innerpolitische Ziele im Auge, die Volkspartei außenpolitische. Mit Verlaub: als seinerzeit Genosse Robert Schmidt zum erstenmal die Forderung nach Erfassung der Sachwerte erhob, geschah es ausdrücklich zu dem Zweck, Garantien für die Reparationsleistungen zu schaffen. Es ist also nicht recht einzusehen, wo die Meinungsverschiedenheiten stehen, von denen die „Zeit“ spricht. Im übrigen braucht man diesen Streit um das Recht der Erstgeburt nicht tragisch zu nehmen. Die Hauptsache bleibt, daß die Volkspartei hält, was sie durch den Mund des Herrn Stresemann verpricht.

Auch Japan lehnt ab.

Die Japanische Botschaft hat gestern nachmittag dem Auswärtigen Amt folgende Antwortnote ihrer Regierung auf die Note der Reichsregierung vom 2. Mai übermittelt:

Die japanische Regierung hat das neue Angebot, das die deutsche Regierung in dem Memorandum vom 2. Mai 1923 Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien vorgelegt hat, und das die gesamte Reparationsfrage umfaßt, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Die japanische Regierung ist nicht in der Lage, sowohl in Rücksicht auf den Gesamtbetrag der Reparationssumme wie auf die Modalitäten der Zahlungen und der Garantien dem Reparationsplan, der den Hauptteil des oben erwähnten Angebots ausmacht, ihre Zustimmung zu geben. Angesichts der Tatsache, daß Japans gegenwärtiges Interesse an der vorliegenden Frage nicht so groß und so vital ist, wie das der anderen Alliierten, an die die Note gerichtet ist, nimmt die japanische Regierung davon Abstand, sich über die Einzelheiten des neuen deutschen Vorschlages zu äußern. Sie möchte indessen ihren lebhaften Wunsch zum Ausdruck bringen, die deutsche Regierung möge weitere, geeignete Schritte in der Richtung unternehmen, die eine baldige und freundschaftliche Regelung der ganzen Reparationsfrage auf einer billigen Grundlage erleichtert.

Verbot der Hundertschaften.

Gleiches Recht für alle.

Schon seit Wochen fordern die Kommunisten ihre Anhänger zur Bildung von proletarischen Hundertschaften auf, so noch in einem Aufruf der kommunistischen Zentralleitung und anderer kommunistischer Organisationen vom 15. Mai. Tatsächlich sind bereits an verschiedenen Orten solche Hundertschaften gebildet worden und in Tätigkeit getreten. Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat jetzt durch Erlass vom 12. Mai die proletarischen Hundertschaften aufgelöst. In der Begründung heißt es, daß sich die Hundertschaften durch Ausübung polizeilicher Befugnisse, wie Straßenpatrouillen und Postendienst, verbunden mit Leibbesitzstation und Kontrollen von Personalausweisen der Straßenpassanten, teilweise unter gewaltsamer Ausschaltung der beruflichen Sicherheitsorgane, staatliche Hoheitsrechte anmaßten; die kommunistischen Hundertschaften seien dazu ausersehen, einen offenen Kampf vorzubereiten und zu führen. Dies wird gefolgert aus den straff disziplinierten und unter Beobachtung streng militärischer Formen und Kommandos hundertschaftsweise oder in Bataillonen mit Weidnerabfuhr- und Samariterabteilung zum Zwecke des Beweises ihrer Aktionsfähigkeit veranstalteten Aufmärschen, ihren militärischen Exerzier- und Fechtübungen, ihrer wiederholt erwiehnen Alarmbereitschaft und dem von diesen Hundertschaften bei verschiedenen Gelegenheiten mehrfach geübten gewaltsamen Vorgehen gegen friedliche Versammlungen und gegen die staatliche Polizei. Hierbei wurde in einigen Fällen die Bewaffnung mit Gummi- und Holzknüppeln sowie mit Schußwaffen festgestellt. Die Begründung sagt weiter, daß nach den Aufrufen der Kommunisten der „Kampf angriffsweise gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes... und letzten Endes gegen die verfassungsmäßig festgestellte Regierung“ selbst gerichtet werden soll.

Das Verbot ist u. U. durchaus berechtigt. Es geht nicht an, daß man irgendeiner Partei gestattet, militärische Formationen zur Bekämpfung eines anderen Volksteils aufzustellen. Wenn man in dieser Beziehung eine völlige Freiheit herstellen würde, so muß das naturgemäß eines Tages zum Bürgerkrieg führen.

Einsicht in Bayern?

Knilling über die Notverordnung.

München, 15. Mai. (B.Z.) Der Staatshaushaltsausschuß des Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit der kürzlich erlassenen Notverordnung der bayerischen Gesamtaufsichtsratsregierung. Ministerpräsident Dr. v. Knilling nahm dabei das Wort zu längerer Ausführungen. Er erklärte, daß die Verordnung mit den Führern der Koalition besprochen worden sei. Sie spreche eine so deutliche Sprache, daß über die Absichten und Ziele der Regierungsmahnahme kein Zweifel bestehen könne, und daß sie nicht noch besonderer Erläuterung bedürfe. Die große Mehrheit des Volkes wolle, daß die verantwortliche verfassungsmäßige Regierung im schweren Abwehrkampf des Volkes das innerpolitische Leben in Bayern mit fester Hand gegen jeden Versuch der Störung von Ruhe und Ordnung schütze, es habe aber geringe Freude daran, wenn im Parlament immer wieder die gleichen Ziele aufs neue in aller Breite zum Gegenstand weitläufiger Auseinandersetzungen gemacht würden. Wer die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern nüchtern betrachte, werde nicht in Abrede stellen können, daß der Schritt, zu dem sich die bayerische Regierung entschlossen habe, den unbestreitbaren Bedürfnissen entspreche. (Zustimmung rechts und bei den Demokraten.) Er werde aber auch, zumal im Hinblick auf die Geschehnisse am 1. Mai, anerkennen müssen, daß der Zeitpunkt für das Vorgehen der Regierung günstig gewählt war, denn am 1. Mai mußte jeder sich sagen,

daß die Dinge nicht mehr so weiter gehen können, wenn das Volk nicht an der Staatsgewalt irre werden sollte.

Eine Regierung, die sich ihrer Sorge um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bewußt sei, könnte sich der Pflicht nicht entziehen, der Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse mit allen gesetzlichen Mitteln vorzubeugen. Am 1. Mai habe sich die Regierung durchaus

Passiver Widerstand.

Von Julius Maria Becker.

Als er spät noch Mitternacht erwachte, war noch ein Glanz des hirtlich zerrinnenden Traumes da. Er hatte gut geschlafen. Der Traum war licht gewesen, voller Farben, ja voller Musik sogar. Musik war ausgeglichen und rann wie von Grotten im Raum von seltsamer Pracht herab. Er hatte sie, aufwachend, noch im Gehör; doch stob in leger Minute ein Wirtel hinein, Stämmen, geistende, kreuzten sich, hallten nachdröhnend wie in leerem, lichtverwirrtem Saal. Die Stimmen hatten ihn aufgeweckt. Sie schwiegen auch nicht, als er aufschah, ins Dunkel starrte, hinhörte.

Drunten auf der Straße war der Lärm entstanden. Drunten auf der Straße stritt man sich. Oder kämpfte man? Hieß man aufeinander ein? Ging man sich ans Leben? Denn Schläge wurden vernehmbar, Stockschläge, die aufstapelten, auf einen Rücken gezielt waren; die trafen.

Doch nein: das war kein Kämpfen Betrunkener; spöt Heimkehrende dalgten sich hier nicht. Es ging nicht nachmittäglich, alkohotgeräut, um Weib oder Ehre oder sonst, um was man sich streitet. Ein Laut von Klage schante hinein, ein Brüllen erhob sich, brach auf, durchschüttelte diese Nacht und sprachte sie auf, damit sie hier Zeuge sei, rief ihn, der eben noch schlief und eingehüllt war in Traum und Musik, daß er als Zeuge sich stelle und da sei, um zu schauen.

Er hatte sich erhoben und war ans Fenster getreten. Die Gasse war dunkel. Man erkannte nichts sogleich. Mehrere Gestalten hielten einen Schatten umringt und der Schatten war es, auf den sie hieben und der Schatten blieb fest wie genogelt, schwankte nicht, verschob sich nicht, rückte nicht von der Stelle.

Und der dort oben am Fenster legte sich weit hinaus. Er sah jetzt deutlich genug. Denn Menschen prüflichten ein Tier, Menschen hatten ein Schlachttier getracht, wählten die Finsternis und trieben ihr Opfer im Schweigen der Nachmittäglichkeit durch traumwirre Gassen, um Ecken herum, hin und her wie im Labrynth. Hier unten aber, plüchlich stupte das Tier, blieb stehen, warf den Kopf in die Luft, nahm den Hauch dieser Nacht in die Nüstern, witterte, ohnte, erschrak; erschrak so fäh, wie nur ein Mensch erschrickt, einer, dem plötzlich sein greifbarer Tod zur Gewißheit wird, ihn sieht, an die Wand gemalt, aus der Stubenende winkend, auf der Treppe vor unten als Doppelgänger ihm entgegenkommend. Der steht und wagt keinen Schritt, nicht vor, nicht zurück. Die Glieder sind starr, wie gelähmt, das Auge verschwimmt, die Zunge zermwilt ihm im Mund.

Die schlugen mit klatschenden Stöcken zu. Das Tier ging nicht von der Stelle. Es spreizte die Beine weit, stemmte sich mächtig und mit Kraft gegen das Pfoster, das Standbild, wurzelte die Wucht seiner Säulen im Boden fest und stand wie aus Erz, bröhlte wie aus Erz, brüllte wie aus Erz.

Man riß an Stricken, man schob, man legte sich mit Schultern an wie ein Hebewerk. Hier aber war ein härterer, massiver Wille da. Widerpart oder Trost oder Angst, Todesangst steifte und schwerte diesen mächtigen Koloss, der bleiben wollte und „nein“ rufen: „nein“ gegen das, was sein dunkler Instinkt ihm sagte, plüchlich eben gesagt hatte wie ein Ahnen, eine Inspiration, ein lichter Blick im drohenden, sehr nahen, furchtbaren Augenblick.

Auch drüben wurden die Fenster geöffnet. Leben brach in die Gasse ein. Schritte aus Hausstufen liefen herzu. Man haß, man griff an. Man wollte doch sehen, ob solchem Starrsinn, solcher Boakbeinigkeit nicht Herr zu werden wäre. Und Flüche dröhnten herauf: „Biehl! Hote der Teufel dieses Biehl!“

Allein es rührte sich nicht und stand, gemauert, bildsäulenhaft. Die Schläge prasselten, fielen nieder im Taft. Oben der am Fenster zitterte — um das Tier. Jetzt würde es stürzen! Jetzt würden die Knie brechen, die Schenkel aber der Nacht, die Treiber, die Dunkelgestichter mit Peitschen und Stöcken besähen den Sieg.

Er schalt und rief in den Taumel hinein: „Schinder, halunken, Schächer!“ — — — Man hörte ihn nicht.

Ein hieb hatte getroffen.

Das Tier schrie auf.

Das war nicht Köheln, nicht Köhnen, nicht Brüllen. Das war nur ein Klagen, Aufgeschrei der Kreatur, Schmerzlaut armen Geschöpfes, bevor es für immer verstummt. — — —

Und jener dort oben klirrte das Fenster zu, warf sich aufs Bett, erschütterte, empört, angewidert, geschlagen von Scham.

Er war ja ein Mensch!

Er hatte vergessen, was dies heißt!

Und weil er's vergaß, drum mußte ein Schrei der Not den Glanz dieser träumenden Nacht zerreißen, mußte den Frieden der schlafenden Giebel erschrecken und aufsteilen, als habe ein Beben die Hülle der Erde zerbrochen und Not und Tod des schlafenden Urseins ans Ohr des trunkenen Träumers gepeitscht.

Und weil er es vergaß, was es heißt, ein Mensch zu sein, drum würde er tragen, bewahren und beugen müssen diesen Schmerzlaut der Kreatur in sich, in tönender Ohrmuschel ihn haben, damit er ihm deute, wie sehr er ein Mensch gewesen bis heute: ein Schläfer über dem Fluß der Natur, ein Träumer über dem Bied der Qual, ein Wörder aus tausendfacher Muß, ein Feind jeder atmenden Nähe — — — ein Störer, Verschucher des zitternden, anschniegenden, treuen, um Liebe, Vertrauen so inbrünstig kettelnden Seins.

O Mensch mit dem Fluß des eisernen Muß! O Gott!

Beilegung des Falles Hartmann. Von den Rechtsverleitern des Intendanten Hartmann und der Deutschen Opernhaus-Gesellschaft wird folgender Vergleich bekanntgegeben:

„Die schwebenden Differenzen zwischen der Deutschen Opernhaus-Betriebs-K.G. und Herrn Intendanten Hartmann sind gütlich beigelegt worden.“

Der Gegensatz, der zu der Abberufung des Intendanten Hartmann von den Geschäften des Vorstandes der Aktiengesellschaft geführt hat, bestand und besteht nur hinsichtlich der Auffassung über das Verhältnis der Betriebs-Aktiengesellschaft zur Stadtverwaltung Berlin-Charlottenburg. Bei dieser gegenläufigen Auffassung erscheint beiden Seiten ein gezieltes Zusammenwirken nicht mehr möglich. Alle wirtschaftlichen Ansprüche Hartmanns aus seinem Anstellungsvertrage sind anerkannt und werden erfüllt werden.

Die hervorragenden Leistungen des Herrn Intendanten Hartmann, der trotz beschränkter Mittel den Aufbau des Deutschen Opernhauses mit größtem Erfolge durchgeführt hat, werden vom Vorstande und Aufsichtsrat anerkannt, wie dies auch anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Opernhauses im vergangenen Jahre zum Ausdruck gebracht ist. Vorstand und Aufsichtsrat haben beschlossen, Herrn Intendanten Hartmann in Anerkennung dieses Verdienstes zum Ehrenmitglied des Deutschen Opernhauses zu ernennen.

Ende gut — alles gut. Aber vor Tisch las man es anders. Wenn wirklich nur über das Verhältnis zur Stadt Charlottenburg verschiedene Auffassungen bestanden, hätte man Hartmann nicht Annull und Fall zu entlassen brauchen. Jedenfalls wird die Stadt Charlottenburg um so mehr dafür zu sorgen haben, daß der Charakter ihres Hauses gewahrt bleibt und sie den ihr gebührenden Einfluß behält.

Eine Gedenkschrift an das erste deutsche Parlament. Am 18. Mai wird in Frankfurt a. M. der Tag der 75jährigen Wiederkehr der Eröffnung der ersten deutschen Nationalversammlung feierlich begangen. Anlässlich dieses Tages ist eine Gedenkschrift herausgegeben, die in Wort und Bild von dem erzählt, was das Jahr 1848 für das deutsche politische und geistige Leben bedeutete. Mehrere Bilder in Kupfertiefdruck von der Paulskirche, eine Bildertafel mit den wichtigsten Abgeordneten, zeitgenössische Etiche begleiten den Text. Eine Anzahl interessanter zeitgenössischer Karikaturen beleuchten die inneren Gründe, die das Jahr 1848 zu seinem äußeren Erfolge führten. Ein umfangreicher historischer Artikel berichtet über die Vorgänge, die zur Zusammenkunft des Parlaments geführt haben und folgt den Ereignissen des denkwürdigen Jahres. Interessante historische Reminiscenzen aller Art vervollständigen die Gedenkschrift, die auch das Programm des Tages enthält. Sie ist zum Preise von 750 M. vom Verlage der Frankfurter Sozietäts-Druckerei, Frankfurt a. M., zu beziehen.

Im Musikspielhaus fallen ab Mittwoch die Vorstellungen wegen Vorbereitung zur neuen Premiere „Die blaue Haube“ aus.

Musikchronik. Vom 17. bis 31. Mai veranstaltet die Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbmuseums im alten Kunstgewerbmuseum, Wilms-Abrecht-Strasse 7, eine Gedächtnisausstellung für den verstorbenen Lehrer Emil Doppelherd.

Midny Zupfsofen veranstaltet am 27. vormitags 11^{1/2} Uhr im Schauspielhaus (Ständtheater) eine Tanzmatinee zugunsten der Kuchbilla. Der Vorverkauf zu dieser einmaligen Vorstellung beginnt am 19. bei Berthelm, Tote u. Tod und an der Theaterkasse des Schauspielhauses.

Gustav Wagners, durch seine Schilling-Gemeinde Bilderdorf bekannt, spricht am 5., 6. und 7. Juni in Berlin. Wegen referentieller Müde werde man sich an Helmut Dreschler, Berlin-Friedenau, Biederstr. 24.

im Besitz der erforderlichen Nachmittel gefühlt, um die Lage zu meistern, namentlich die Landespolizei stand an diesem Tage auf der Höhe ihrer Aufgabe.

Der Ministerpräsident erläuterte hierauf im einzelnen die Bestimmungen der Notverordnung. Der § 1 suche dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß er dem im § 89 des Reichsstrafgesetzbuches bedrohten Kriegsverrat den sog. Befehlsverrat an die Seite stelle.

Namentlich von der Pfalz sei hier ein einschlechtes Eingreifen immer wieder auf das dringendste gefordert worden.

Die weiteren Bestimmungen sollen den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden die richterliche Handhabe liefern, um den Auswüchsen des Versammlungswesens unter freiem Himmel und dem Mißbrauch der Straße sowie den Umtrieben entgegenzutreten. Die einzelnen Organisationen, mögen sie kommunistische Hunderttausende, sozialistische Abwehrabteilungen, nationalsozialistische oder andere Sturmtrupps sein, mühten sich vor Augen halten, daß sie selbst es sind, die entgegen den Geboten und Verboten der Notverordnung den Tatbestand schaffen, auf Grund dessen nötigenfalls gegen sie vorgegangen wird.

Das Werkzeug der Gewalt darf in geordneten Staatswegen nur in der Hand des Staates sein.

(Zustimmung.) Ein Verbot politischer Parteien liege nicht in der Absicht der Verordnung.

Der Ministerpräsident schloß, die ganze Verordnung sei auf bayerische Verhältnisse und Bedürfnisse eingestellt. Sie beschränke sich darauf, die schlimmsten Auswüchse und Ueberschreitungen zu treffen. Wir wissen nicht, welche schweren Beschlüsse über das arme Deutschland in den nächsten Wochen und Monaten verhängt werden, und doch wollen und sollen wir wenigstens für unser Teil dafür sorgen, daß im innerpolitischen Leben in Bayern die Atmosphäre gereinigt, die Staatsgewalt gestärkt und die öffentliche Ordnung gesichert sei. Diesem Zwecke diene die Notverordnung der bayerischen Regierung. (Bravo!)

An die Erklärung des Ministerpräsidenten schloß sich eine längere Aussprache, in der die Redner der bürgerlichen Parteien die Maßnahmen der Regierung billigten. Der demokratische Redner betonte dabei, daß seine Partei gemüht hätte, daß bezüglich der Stoßtrupps noch entschiedener vorgegangen worden wäre. Damit war die Beipräfung geschlossen.

Heil!

Friedrich Leopold hat wider Preußen besiegt.

Marienwerder, 15. Mai. (WZ.) In dem Rechtsstreit zwischen dem preussischen Finanzministerium und dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen um die von dem Finanzminister Lüdemann in Besitz genommenen ausgedehnten Herrschaften Flatow und Krojanke in Westpreußen hat im heutigen Termin das Oberlandesgericht Marienwerder die Berufung des Finanzministers gegen das erstinstanzliche Urteil zurückgewiesen und die Herrschaften in vollem Umfange dem Prinzen als Eigentum zuerkannt. Die Kosten des Prozesses sind dem preussischen Finanzminister auferlegt. Es handelt sich um einen der größten Prozesse, die bisher deutsche Gerichte beschäftigt haben. Die Kosten der zweiten Instanz allein werden auf etwa eine halbe Milliarde geschätzt.

Ueber den sachlichen Inhalt dieses Prozesses sind unsere Leser seinerzeit schon unterrichtet worden. Doch behalten wir uns eine Würdigung dieser gerichtlichen Entscheidung noch vor, durch die Billionenobjekte in die Hände einer Familie gespielt werden, deren Extravaganzen schon längst zum öffentlichen Skandal geworden sind.

Schon jetzt müssen wir allerdings scharfe Vermahnung gegen den Ton und die Aufmachung dieses WZ-Telegramms, aus denen ganz offensichtlich Schadenfreude über den „Eieg“ des Hohenzollernprinzen gegen den preussischen Staat spricht, sowie über die ungeheuren Kosten des Gerichtsverfahrens, wobei nicht ohne Absicht der Name des Genossen Lüdemann in die Debatte geworfen wird, entgegen. Jedenfalls ist aber das letzte Wort in der ganzen Angelegenheit damit noch nicht gesprochen.

Freycinet gestorben.

Paris, 15. Mai. (EP.) Der frühere Ministerpräsident de Freycinet ist im Alter von 95 Jahren gestorben.

Obwohl Freycinet noch einmal während des Krieges als Minister ohne Portefeuille in Erscheinung trat, war er bereits so sehr in Verrufenheit geraten, daß erst die Nachricht seines Todes die erstaunten Mittel daran erinnert, daß er überhaupt noch lebe. Denn Freycinet war bereits im Jahre 1870 Minister in der Regierung der Nationalen Verteidigung, die sich unter Gambetta nach dem Sturz Napoleons III. in Paris gebildet hatte und die unmittelbar vor der Umzingelung der Hauptstadt nach Tours übersiedelte.

Von Beruf war er ein hervorragender Ingenieur aus dem Bergbaufach. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war er wiederholt Außenminister, Kriegsminister und Ministerpräsident, doch fast mehr als einem Menschenalter nicht mehr hervorgetreten. Die Ernennung des greisen Senators zum Minister im Kriegskabinet Briand (1915, als die „weiße Maus“, wie man ihn getauft hatte, bereits 87 Jahre alt war) war mehr als ein aufsteigendes Symbol denn als eine praktische Heranziehung zur Regierungsarbeit gedacht: denn Briand wollte damals sämtliche noch lebende ehemalige Ministerpräsidenten der Dritten Republik im Zeichen der „heiligen Einigkeit“ in seinem Kabinet als Minister ohne Portefeuille vereinen. Seit dem Rücktritt Briands Ende 1916 hatte Freycinet seine wohlverdiente Ruhe wieder erlangt. Er war nur noch Senator des Seine-Departements seit 1876 und Mitglied der französischen Akademie seit 1890.

Das andere Frankreich.

Französische Sozialisten gegen die Kriegsgerichtsurteile.

Paris, 15. Mai. (WZ.) Der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Paul Faure, schreibt im „Populaire“: Unsere kühnen Männer scheinen tatsächlich verrückt zu sein. Nachdem sie den Arbeitern des Ruhrgebietes geschmeichelt und versprochen haben, sie in ihre Kombinationen hineinzuwickeln, machen sie sich wahrhaftig das Vergnügen, sie ohne Sinn und Verstand zu verurteilen, ohne sich um die Rückwirkungen zu kümmern, die ein solches Verfahren nach sich ziehen kann. Daher hat der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei es für nötig erachtet, gegen diese ebenso unbilligen wie dummen Urteile zu protestieren. Wie oft wird man denen, die zu unserem Unglück die Nacht innehaben, doch wiederholen müssen, daß Frankreich durch eine derartige Haltung nichts gewinnen, aber alles verlieren kann. Unsere führenden Männer denen ihrem Lande nicht, wenn sie mit dem Säbel rasseln und die Eisenbahnen des Ruhrbezirks und die Vertreter der Gewerkschaften vor die Kriegsgerichte der Befehlsarmee stellen. Ganz im Gegenteil, es gibt kein besseres Mittel, um den passiven Widerstand in Deutschland zu verstärken.

Stännes ist, wie sein Moniteur die „WZ“ meißelt, nicht in London gewesen. Die Meldung der „Chit Iris“, die wir am Dienstagabend abgedruckt haben, ist also unzutreffend.

Reichswehr und Putschgesellen.

Der Reichstag lehnte gestern in seiner zweiten Sitzung auf Antrag der Abgg. Müller-Franken (Soz.) und Marx (Z.) bei den einmaligen Ausgaben einen neuen Titel „Förderung reichswichtiger Einrichtungen der gesundheitlichen Kräftepflege“ (20 Millionen Mark) ein.

Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fragt

Abg. Silberschmidt (Soz.)

die Reichsregierung, was sie auf Grund einer am 13. März vom Reichstag angenommenen Entschließung zur Verbilligung der Baustoffe getan habe. Die privatkapitalistische Industrie wehre sich gegen jede Verbilligung, aber das Reichswirtschaftsministerium habe die Aufgabe, die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. Die sozialdemokratische Fraktion habe daher eine neue Entschließung eingebracht, die das Reichswirtschaftsministerium auffordert, die nächsten Schritte zur Durchführung der im März angenommenen Entschließung zu unternehmen.

Abg. Thomas (Komm.) verlangt schärfere Aufsicht über die Reedereien, damit nicht seeräuberische Schiffe in See geschickt würden, wodurch das Leben zahlreicher Menschen gefährdet werde. Es sei notwendig, ein Reichsschiffahrtsamt einzurichten, das den Bau der Seeschiffe kontrolliere. — Ein Regierungsvizepräsident glaubt, die Reeder in Schutz nehmen zu müssen, und weist darauf hin, daß die Seebereitschaft jedes Schiff auf seine Seetüchtigkeit prüfe. — Abg. Thomas (Komm.) hält seine Vorwürfe aufrecht und Abg. Hoch (Soz.) weist seinerseits auf

schlimme Mißstände bei den Reedereien

hin. Der Ministerialdirektor habe kein Recht, solchen erregten Ton anzuschlagen und die Reeder in Schutz zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion habe nur deshalb darauf verzichtet, die bestehenden Mißstände zur Sprache zu bringen, weil im Reichsarbeitsministerium eine neue Seemannsordnung in Arbeit sei. — Im weiteren Verlauf der Debatte bemerkt

Abg. Henke (Soz.), daß nicht Deutschland den Reedern, sondern die Reeder Deutschland sehr viel zu danken hätten. Es sei Aufgabe der Volksvertretung, die Nichtachtung des Schutzes von Menschenleben, die ein Teil der Reeder übe, zu kritisieren. Wenn es in dieser Beziehung gegenüber früher besser geworden sei, so sei das in erster Linie ein Verdienst der Sozialdemokraten. Notwendig sei eine gründliche Umgestaltung der Seemannsordnung. Damit schließt die Erörterung und der Haushalt des Wirtschaftsministeriums wird mit der neu eingebrachten Entschließung der Sozialdemokraten über die Verbilligung der Baustoffe angenommen.

Beim Haushalt des Finanzministeriums wird die Vorlage betr. Beseitigung kleiner im Reichsschuldbuch eingetragener Forderungen in 2. und 3. Zahlung angenommen und ebenso eine Entschließung, wonach die Zahlungen auf Grund des Landessteuergesetzes an Anstalten, die öffentliche Aufgaben der Länder und Gemeinden zu erfüllen haben, ebenso erfolgen sollen wie an gemeindlichen Anstalten.

Bei der Beratung des Postetats erklärt Minister Sings, daß die Postverwaltung den Wünschen nach einer angemessenen Abfindung der Beamten, die wegen Verheiratung aus dem Dienst scheiden, in weitestem Maße entgegenkommen werde.

Beim Etat des Reichstags bemängelt Abg. Bruermann (D. Rp.) die hohen Kosten für Freifahrtkarten (mit 268 Millionen Mark veranschlagt). Sehr kostspielig seien außerdem die Druckkosten, für die Stenogramme seien seit dem Herbst allein 130 Millionen Mark verausgabt worden. Jedes Wort, das von der Reichstagstribüne gesprochen werde, koste 96 M. und 95 Pf. (Im deutschösterreichischen Parlament werden die Stenogramme nur noch addiert, nicht gedruckt. Red.)

Beim Etat des Reichsverkehrsministeriums verlangt Abg. Brunner (Soz.)

Amnestierung der Eisenbahner.

die Amnestierung der Eisenbahnerstreiks befreit und gemäßigter wurden. Ein Vertreter des Ministeriums teilt mit, daß größte Milde bei den noch schwebenden Disziplinarverfahren geübt werden solle.

— Abg. Simon-Franken (Soz.) wendet sich gegen eine deutsche nationale Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, im Interesse des noch lebenden Handwerks die Reparaturwerkstätten bei der Reichsbahn in möglichst weitgehender Weise abzubauen.

Beim Etat des Reichswehrministeriums spricht

Abg. Schöpslin (Soz.):

über Beziehungen zwischen Reichswehr und Putschisten.

Unser Redner bemerkt u. a. an Hand von Material die Verbindungen des Wehretreffes II Slettin mit dem Generalmajor a. D. Hellfrüh, dem Leiter der zusammengeführten nationalsozialistischen Organisationen in den Bezirken Hamburg und Holstein. Hellfrüh spielt auch bei den soeben aufgedeckten Putschplänen in Hamburg-Altona eine gewisse Rolle. Am 20. Februar 1923 richtete der Verbindungsoffizier des Wehretreffes II, Oberstleutnant v. Brederslow, an den außer Dienst befindlichen Generalmajor Hellfrüh ein Schreiben, in dem es u. a. wörtlich heißt:

Dem Generalmajor a. D. Hellfrüh wird hierdurch becheinigt, daß er im Auftrag der Heeresverwaltung in Hamburg beschäftigt ist. Seine Ueberfiedlung und Wohnsitz dortselbst ist im Reichsinteresse geboten.

In einem Schreiben vom 21. März 1923 vom Wehretatskommando II, Chef des Stabes, an den gleichen Generalmajor Hellfrüh heißt es:

Nachdem hier noch einmal festgestellt worden ist, daß die bei der Besprechung am 17. März vom Herrn General erbetenen Ausweise nicht den Zweck erfüllen, Schutz gegen etwaige polizeiliche Durchsuchungen zu gewähren, bitte ich, auf die Ausfertigung solcher Ausweise verzichtet zu werden, um auch den Unannehmlichkeiten vorzubeugen, die bei einem etwaigen Verlust eintreten.

In einem Schreiben vom 4. April 1923 statet der Kommandeur des Wehretreffes II, v. Loeb, Hellfrüh den Dank ab für eine größere Geldsumme, die Hellfrüh an das Wehretatskommando Slettin abgeliefert hat. In dem gleichen Schreiben wird mitgeteilt, daß Hellfrüh und damit scheinlich die hinter ihm stehenden Organisationen auf bestimmte Materialien demnach rechnen können. U. a. wird ihnen auch Betriebsstoff für ihre Kraftwagen zugelassen und mitgeteilt, daß dieser Betriebsstoff um 300 M. billiger ist wie anderswo. — In einem Schreiben vom 6. April, also nur wenige Tage später, wird der Dank für 1700 000 M. abgeflattet, die abgeliefert worden sind.

Aus Aufzeichnungen, Reden und Auftritten geht hervor, daß die illegalen Organisationen, mit denen leitende Offiziere des Wehretatskommandos II in Verbindung stehen,

als ihre Aufgabe und ihren Zweck ansehen, „bei Erhebungen den roten Widerstand zu brechen“, „gegen das rote Hamburg vorzugehen“, „je brutaler man vorgeht, desto wirkungsvoller ist es“. Eine dieser Organisationen besitzt zu einem Putsch vorbereitete Kartenmaterial vom Gebiet Hamburg-Altona. Diese Karte ist in neun Sektoren eingeteilt und in diesen Sektoren ist eingeteilt, wo sich nationalsozialistische Organisationen in einer bestimmten Situation sammeln müssen, in welcher Stärke das zu erfolgen hat usw. usw.

Wie die Werbungen von diesen Organisationen betrieben werden, mit denen einzelne Herren des Wehretatskommandos II in Verbindung stehen, dafür nur ein Beispiel aus den Reichsfilmen. Es heißt dort wörtlich:

Die militärischen Leiter in den Provinzen und Kreisen nehmen in Verbindung mit den dort befindlichen politischen Leitern der

Bewegung Fühlung mit zuverlässigen einflussreichen Persönlichkeiten, die als Vertrauensleute die Werbung von Freiwilligen und die Beschaffung der Ausrüstung und Geräte sowie die finanzielle Vorbereitung der Mobilmachung zu betreiben haben. Die Werbung erstreckt sich hauptsächlich auf bestehende vaterländische gesunde Vereine, Gesellschaften und Korporationen aller Art. Der Zusammenschluß läßt sich am besten durch Gründung von Sports, Jagd-, Schieß-, Ruder- und Wandervereinen zu Stande bringen.

In einem vertraulichen Schreiben vom 28. April 1923, das durch einen Offizier überreicht werden soll, wobei die Vorfahrt besteht, es sofort zu vernichten, heißt es:

Der gewaltige Ernst der gegenwärtigen politischen Lage veranlaßt mich zu folgenden Ausführungen: Dank der unermühten Arbeit einer Anzahl von Persönlichkeiten, die den schönsten Lohn in dem Gefühl einer treu erfüllten vaterländischen Pflicht erblicken mögen, ist die Zahl der Männer, die in der Stunde der Gefahr sofort zu stellen sich entschlossen sind, auf 1200 in Hamburg angewachsen. Ich werde weiterhin meine Hauptaufgabe darin erblicken, weitere zuverlässige Elemente zu erfassen und für die Ausrüstung usw. zu sorgen.

Ueber ein vertrauliche Besprechung am 2. November 1922, bei der Führer illegaler Organisationen beisammen waren, hat ein sogenannter „objektiver Beobachter“ dem General Hellfrüh, dem Leiter der Organisationen, einen Bericht über seine Eindrücke, über die Reden und auch über die dort auftretenden Personen erstattet. In diesem Bericht heißt es über die rechtsputschistischen Führer:

Die hinter einer jeden einzelnen Rechtsorganisation stehenden mehr oder minder persönlich ehrgeizigen Postici, von denen jeder natürlich recht hat und jeder zum mindesten Staatssekretär oder Minister werden will nach Sturz der Regierung, bedingen auch eine einheitliche, straffe politische

Führung durch eine von allen anerkannte Persönlichkeit.

die schon jetzt vorbereitend tätig sein muß und nach dem Sturz der Regierung und erfolgter Abwehr eines Linksputsches allein und rücksichtslos die politischen Zügel führt. Auf welchem Wege und mit welchen Mitteln diese Ziele zu erreichen sind, ist die große brennende und äußerst dringliche Frage. Der Gedanke ist verlockend und hat viel für sich, durch ein

baldiges initiatives Vorschlagen und Mitwirken

aller die richtige Persönlichkeit an die Spitze zu bringen. (Hört! hört! links.)

Besonders interessant ist die Beurteilung einzelner Persönlichkeiten durch diesen „objektiven Beobachter“. Z. B. wird Erzelenz Worgen als „ungeeignet zur Versammlungsbildung, eingetragener alter Herr“ geschildert. Graf Schulenburg, ein bekannter Rechtsorganisator im Bezirk Holstein-Hamburg, wird als „überlegen, vornehm, kug“ gekennzeichnet und der General

Wotter: schlauer Fuchs mit mitgebrachten Claqueuren

genannt.

Dieses Material ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt des anlässlich der Aufdeckung eines Putschplanes in Hamburg aufgefundenen Beweisstoffes für die Verbindung zwischen Reichswehr und illegalen Organisationen. Die Beweise für das die Republik schädigende Verhalten der Reichswehr werden wir bei Gelegenheit vermehren. (Zustimmung v. d. Soz. — Bewegung im Hause.)

Der Redner führt weiter aus, es sei zu hoffen, daß der Reichswehrminister, der seine Pflicht kenne, dem Reichstag demnach über diese Dinge eine Antwort in demokratisch-republikanischem Sinne geben werde. Wenn der Minister gegen dieses Treiben nicht scharfer einschreite, dann sei es unmöglich, ein Vertrauensverhältnis zwischen Reichswehr und Bevölkerung herzustellen. Bei der Einweihung eines Gedenksteins in Döberitz habe

Hindenburg

wieder einmal seine tieffte Ehrfurcht vor dem Wilhelm II. bekundet, der in der Stunde schwerster Gefahr ausgerufen sei. In dieser Schaulagerung habe sich auch der Reichswehrminister — wenn auch mit einer korrekten Rede — beteiligt. Es dürfte aber nicht länger geduldet werden, daß längst verabschiedete Offiziere bei jeder Gelegenheit in der kaiserlichen Uniform herumlaufen und daß, wie in Baden, bei der Beerdigung der Großherzogin alle Badelgreise mit dicken Helmbüchsen auftreten. (Großer Lärm und stürmische Psuirufe rechts.) Hindenburg habe außerdem in letzter Zeit durch ganz lächerliche Kriegsdrohungen in Interviews ungewollt Herrn Voincarés Politik gefördert. In der Unterredung mit einem Amerikaner habe er gesagt, wir würden Vergeltung verlangen, und wenn es hundert Jahre dauern solle, und er habe keinen feindlicheren Wunsch, als noch einmal gegen Frankreich die Waffen zu ergreifen. (Lachen links.) Hindenburgs Person sei in allen Ehren zu halten, aber ein so alter Herr sollte doch gerade in dieser Stunde der Gefahr es unterlassen, die Fenster Scheiben des Reiches einzuschlagen. (Neuer Lärm rechts.)

Abg. Thomas (Komm.) schließt sich im wesentlichen diesen Ausführungen an.

Reichswehrminister Dr. Gessler

bedauert, daß solche Debatten notwendig seien. Das habe er auch in Döberitz ausgesprochen mit dem Bemerkten, jetzt sei nicht Zeit, große Reden zu halten. Das Material über den Wehretreff II werde mit aller Strenge geprüft werden, denn ein Zusammenarbeiten mit derartigen staatsgefährdenden Organisationen sei absolut ausgeschlossen. (Beifall links.) Mit Befriedigung könne er feststellen, daß unter seiner Amtsführung trotz der politischen Spannung nichts Ernstes in der Reichswehr passiert

sei. Wo habe jemals in solchen Zeiten der Umwälzung eine Armee dem Staate so wenig Schwierigkeiten bereitet wie bei uns? Das Verdienst daran hätten auch viele Offiziere, die sich loyal in den Dienst der Republik stellten. In Döberitz sei die Kompagnie nicht aufgestellt worden, um Hindenburg, sondern um dem Reichswehrminister die vorgeschriebenen militärischen Ehrungen zu erweisen, die er absichtlich in vollem Maße in Anspruch nehme. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß Hindenburg mit seiner Rede eine monarchistische Huldigung leabsichtigt habe. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Eitel Friedrich sei nicht als Angehöriger des ehemaligen Herrscherhauses, sondern als Offizier des Regiments bei der Freier anwesend gewesen. Die Republik sei in Deutschland so fest begründet, daß man es ruhig wagen könne, tolerant zu sein. In der jetzigen politischen Situation müsse man allerdings mit militärischen Schaulagerungen sehr vorsichtig sein. Das Verbot der alten Uniform wäre aber nur durch eine Verfassungseränderung möglich, denn es handle sich hier um sogenannte wohlverordnete Rechte. (Gelächter v. d. Soz.) Bei einer neuen Revolution müßten die Sozialdemokraten eben mit den wohlverordneten Rechten umgehen. Notwendig sei, in dieser Zeit des Ueberganges

nicht allzu nervös

zu sein, denn Nervosität werde als Schwäche ausgelegt. Wir seien aber nicht schwach und wenn wir es seien, sollten wir es nicht zeigen.

Der Etat wird bewilligt und die Etats des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes auf Mittwoch verabschiedet. Nach kurzer Beratung wird dann das Ministerkabinet gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, Kommunisten und eines Teils der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in dritter Lesung angenommen. — Mit der Beratung der noch nicht erledigten Etats und einigen kleinen Vorlagen beginnt das Haus heute Mittwoch 10 1/2 Uhr. — Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Die neuen Reichslöhne.

Die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen für die Reichs- und Staatsbediensteten sind gestern zum Abschluss gekommen. Die Verhandlungen gestalteten sich während der ganzen Dauer sehr schwierig, sodass sehr oft mit Verhandlungsabbruch gerechnet werden musste. Erst im letzten Augenblick bequamen sich die Regierungsvertreter, der entschiedenem Forderung der Gewerkschaften entgegenzukommen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist:

Ortsklasse A	B	C	D	E	F	G	H
1050	1032	1005	978	953	931	912	890
1422	1383	1353	1314	1299	1278	1253	885

Die Spannung beträgt von Ortsklasse zu Ortsklasse in der ersten Hälfte des Mai 21 M., in der zweiten Hälfte 27 M. Der Frauenzuschlag beträgt für den gesamten Monat Mai 75 M., ebenso der Kinderzuschlag. Die Sonderzahlungen sind vollständig niedergeschlagen. Im Zusammenhang mit dieser Regelung tritt im System der Ortszulagen infolge einer Änderung ein, als höhere Ortszulagen als 100 Proz. vom 1. Mai nicht mehr gezahlt werden. Die Verständigung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kabinetts und der Vereinstellung der erforderlichen Mittel durch Reichsrat und Reichstag. Ueber eine entsprechende Regelung der Beamten- und Angestelltenbezüge fanden gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium Verhandlungen statt.

Erhöhung der Beamtengehälter.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über Erhöhung der Beamtengehälter haben zu dem Ergebnis geführt, daß der bisherige Teuerungszuschlag von 942 Proz. rückwirkend ab 1. Mai auf 1219 Proz. und ab 16. Mai auf 1672 Proz. erhöht wird. Das ausgezahlte vierte Monatsgehalt wird nicht angerechnet.

Schiedspruch über die Bergarbeiterlöhne.

Zur Regelung der Löhne für den Stein- und Braunkohlenbergbau ist, da die Parteien zu einer Einigung nicht gelangen konnten, im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Jarres aus Duisburg ein Schlichtungsausschuß zusammengetreten, der einen Schiedspruch gefällt hat, wonach die Löhne im Ruhrbergbau einschließlich der dort bestehenden besonderen Zulagen mit Wirkung vom 16. Mai ab um durchschnittlich 3500 Mark je Schicht erhöht werden sollen. Für die übrigen Bergbaubezirke sind Lohnerhöhungen in den bisherigen prozentualen Abstufungen vorgesehen. Die durch den Schiedspruch vom 1. Mai für die erste Hälfte des Monats vorgesehene Lohnerhöhung hat der Schlichtungsausschuß bestätigt.

Neue Lohnvereinbarungen für die Schuhindustrie.

In den Verhandlungen am 12. Mai in Frankfurt a. M. über die Löhne des Reichstarifvertrages für die Schuhindustrie ist für die Zeit ab 16. Mai folgende Neuregelung getroffen: Die bisherige Teuerungszulage von 6400 Proz. wird auf 7600 Proz., die feste Stundenzulage für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I von 400 auf 496 M., der prozentuale Zuschlag für die Heimarbeiter auf 9850 Proz. erhöht. Die Mindestlöhne einschließlich aller Zuschläge betragen für Männliche über 21 Jahre 1728 M., für Weibliche 1296 M. Der Zuschlag für Akkordarbeiter beträgt 12 1/2 Proz.

Die Berliner Metallindustriellen verhandeln nicht.

Angesichts der katastrophalen Dollarkreuzerhöhung, die für die Arbeitnehmer gleichbedeutend mit steigender Lebensmittelpreuerhöhung ist und deren Folgen noch nicht absehbar sind, waren die Funktionäre des Metallkartells beauftragt worden, eine Lohnzulage von 100 Proz. zu fordern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im April zugunsten der versapften und infolge des Verhaltens gewisser Industriellenkreise mittlerweile total verunglückten Marktstabilisierungsaktion die Löhne auch in der Metallindustrie mit aller Macht niedrig gehalten wurden. Werden die Löhne einem verhältnismäßig niedrigen Dollarkurs angepaßt, dann müssen sie natürlich auch der Steigerung des Dollars angepaßt werden.

Die Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller mochten sich nun bei den gestrigen Verhandlungen ihre Aufgabe sehr bequem. Sie erklärten die gestellte Forderung als undiskutabel, ohne ein Gegenangebot zu machen. Freilich, wenn sie etwa glaubten, die Arbeiterschaft mit 15 oder 20 Proz. abspießen zu können, konnten sie sich mit einem derartigen Angebot nicht herverwagen. Bestand aus Unternehmerseite jedoch die Absicht zu einer Verständigung zu kommen, dann konnten sich die Vertreter des BMMI vorher an den fünf Fingern abzählen, daß zu einem Ausgleich ein ernsthaftes Angebot erforderlich sei.

Die Berliner Metallindustriellen hatten es mit in der Hand, die auch von ihnen als väterländische Pflicht bezeichnete Marktstabilisierung durchzuführen. Sie haben es nicht getan und so die gegenwärtige Situation mit verschuldet. Die Abwälzung der Kosten auf die breite Masse hat die zulässige Grenze stark überschritten. Die Verelendung der Arbeiter mit ihren Familien kann so unmöglich weiter gehen. Es ist begreiflich, daß die Anwälte der Unternehmer ihren Ehrgeiz darin sehen, die Ansprüche der Arbeiter an die Lebenshaltung immer weiter herabzudrücken. Begreiflicher aber, daß die Arbeiterschaft gezwungen ist, diesem nichtsnutzigen Spiel nicht länger untätig zuzusehen. Werden Goldmarktpreise gefordert und Goldmarktsindenden ausgeschüttet, dann müssen auch Goldmarktlöhne gezahlt werden.

Die Vertreter des Metallkartells der Arbeiterschaft haben das Reichsarbeitsministerium angerufen. Eine zu morgen abend einberufene Funktionärerversammlung wird sich mit dem Bericht über die gescheiterten Verhandlungen mit dem BMMI befassen. (Siehe Inserat in dieser Nummer.)

Achtung! Sattler, Tapezierer und Portefeuliers!

Am heutigen Mittwoch findet die Stichwahl zum Verbandstag in den bekannten Lokalen statt. Die Freunde von links scheinen durch den Ausfall der Hauptwahl, bei der vier Kollegen unserer Richtung gewählt wurden, etwas verärgert zu sein und nehmen es mit der Wahrheit nicht sehr genau. Wird doch in der „Roten Fahne“ behauptet, daß die Amsterdamer dazu beigetragen haben, die Lage der Heimarbeiter zu verschlechtern. Das Gegenteil ist der Fall, indem auch die Heimarbeiter

nach dem neuen Tarif die Feiertage bezahlt und auch Urlaub bekommen. Früher hatten nur die Werkstattarbeiter diese Vorteile. Ebenso un wahr ist die Behauptung, daß die Geschäftsführer um 5 Proz. im Lohn gedrückt worden seien. Die Sattler bekommen genau den gleichen Lohn wie die Portefeuliers.

Wer also will, daß im Interesse der Kollegenschaft auch für die Zukunft gearbeitet wird, Sorge mit dafür, daß zu den gewählten vier Kollegen auch noch die letzten zwei hinzukommen und gebe seine Stimme nur den Kollegen

Franz Leud und Adolf Opitz.

Vorschuhzahlung in der Metallindustrie!

Die Angestellten in der Berliner Metallindustrie mit Ausnahme der Angestellten vor vollendetem 18. Lebensjahr, sowie der Wochenlöhner und Lehrlinge erhalten gemäß einer jetzt getroffenen Vereinbarung einen Vorschuh und zwar:

Monatslöhner der neuen Tarifgruppen A und C	50 000 M.
der Gruppen K1, K2, T1, T2 und der entsprechenden C-Gruppen	75 000
der Gruppen K3, T3	100 000
der Gruppen K4, T4 und der M-Gruppen	125 000

Die endgültige Miregulierung soll nach Pfingsten vorgenommen werden.

Streik des Konditoreipersonals.

In einer Versammlung der Nachmittagschicht des in den Konditoreibetrieben beschäftigten Laden- und Küchenpersonals, die am Dienstag vormittag in den „Residenzsalen“ stattfand, berichtete Thiemer über das nach monatlichen Lohnverhandlungen erreichte Resultat. Alle Versuche, mit den Arbeitgebern zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, sind gescheitert. Auch durch die Schlichtungsinstanzen war eine tarifliche Festlegung der bescheidenen Forderungen des Personals nicht zu erreichen. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches wurde abgelehnt. Gefordert wird: Anerkennung des bestehenden Manteltarifs, ausreichende Entlohnung des gesamten, namentlich des weiblichen Personals, Anerkennung der Löhne, die im Bäckergewerbe gezahlt werden und Bezahlung der Feiertage des Ladenpersonals. Was hierauf von den Arbeitgebern angeboten wurde, verdient nicht den Namen eines Tarifs. Bereits am 5. März habe eine Vollversammlung des Personals fast einstimmig den Streik beschlossen. Jetzt müsse angesichts der Halsstarrigkeit der Arbeitgeber endlich zum Kampf geschritten werden. Wo der Tarifvertrag vom 17. Februar 1922 vom Arbeitgeber heute, Mittwoch, nicht durch Unterschrift anerkannt werde, müsse sofort die Arbeit niedergelegt werden.

Nachdem Heßhold die Ausführungen des Vorredners in einigen Punkten ergänzt und wie dieser alle Anwesenden ermahnt hatte, nunmehr geschlossen den Kampf anzutreten, wurde einstimmig der Verbandsleitung in vollem Umfange die Billigung ihrer bisherigen Maßnahmen ausgesprochen und ebenso einstimmig beschlossen, von heute an den Streikbeschluss vom 5. März geschlossen zur Ausführung zu bringen.

Eine Abendversammlung, zu der die andere Schicht des Personals einberufen war, hat der Ausführung des Streiks ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren teilt uns hierzu mit:

Bestritte werden nur die reinen Konditoreien. Sämtliche Kaffeehausbetriebe, sowie auch die Wäpinger-Konditoreien, Josty, Kranzler und Konditorei Saeger am Alexanderplatz und Bäckereien mit Konditorei, soweit sie nicht Auskants haben, bleiben vom Streik unberührt, da für dieselben eine tarifliche Regelung besteht.

Bewilligte Betriebe sind durch Plakate kenntlich:

„Hier sind die Forderungen der Angestellten bewilligt“ mit Unterschrift

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Alle übrigen Betriebe sind zu meiden.

Die Konditoreibesitzer suchen ihre Verwirrungstaktik auch jetzt noch fortzusetzen. Sie erzählen ihrem Personal, es sei eine vollständige Einigung mit der Organisation erzielt. Das ist un wahr. Die beiden Versammlungen der Angestellten haben einstimmig den Streik beschlossen.

Wo die gestellten Forderungen nicht unterschriftlich anerkannt sind und die Organisation nicht ausdrücklich anders bestimmt, darf die Arbeit heute nicht aufgenommen werden.

Kinonistikerstreik.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes schreibt uns:

Im Kinotheater „Alhambra“, Müllerstr. 136 (Ecke Soefstraße), sind die Musiker wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Das Theater selbst ist eines der größten und bestbesuchtesten des Nordens. Der billigste Platz kostet dort 1300 M. Trotzdem konnte sich die Direktion niemals dazu verstehen, den Musikern den Zeitverhältnissen entsprechende Löhne zu zahlen. Jetzt verliert die Direktion, durch einen in Ausländer-Deutsch abgesetzten Handzettel dem Publikum klar zu machen, daß sie gerade in Rücksicht auf das Publikum von einer anständigen Bezahlung der Musiker abzusehen gezwungen sei, da andernfalls das Eintrittsgeld noch weiter erhöht werden oder aber die Güte der Vorführungen leiden müsse! Diese Argumente lassen die Sorge um den rücksichtslos zu erhaltenden Unternehmergewinn klar und deutlich erkennen. In anderen Kinos des Nordens mit geringerem Eintrittsgeld erhalten die Musiker dennoch die mit nichttariflichen Unternehmern vereinbarten Lohnsätze. Die Direktion des Alhambra-Theaters schickt ihre guten Musiker auf die Straße und bemüht sich, an deren Stelle einige — Streikbrecher zu setzen.

Das Publikum, insbesondere die organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft, wird die Konsequenzen daraus ziehen.

Achtung, Bauarbeiter!

Das für die zweite Maihälfte getroffene Lohnabkommen im Berliner Hoch-, Tief- und Betonbaugewerbe ist von den beteiligten Arbeitgeberorganisationen angenommen worden; auch die Mitglieder des Bauarbeiterbundes haben zugestimmt. Der neue Lohn kommt erstmalig am kommenden Freitag zur Auszahlung. Da die neuen Lohnsätze durch die inzwischen geradezu sprunghaft eingetretene

Preissteigerung keinen Ausgleich bieten und die Teuerung aller Voraussicht nach weitergeht, wird die Organisationsleitung — obwohl das Lohnabkommen vom 11. bis zum 30. Mai läuft — bei den zuständigen Arbeitgeberorganisationen neue Lohnverhandlungen beantragen.

Der Vorstand des Bauarbeiterbundes, Bauarbeiterklub Berlin.

Parteiliche oder neutrale Gewerkschaften!

Ueber dieses Thema sprach am 11. Mai der 1. Vorsitzende des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Genosse Brey, vor den Berliner Funktionären des Fabrikarbeiterverbandes im großen, dicht gefüllten Saal des Gewerkschaftshauses. Die Ziele der Gewerkschaftsbewegung darlegend, wandte er sich mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen bestimmter politischer Parteien, sich die Gewerkschaften unterzuordnen. Er führte aus, daß parteipolitisch neutral sein nicht farblos sein heißt. Das Ziel der Gewerkschaften gehe über den täglichen Kleinlamf hinaus und erstrebe eine bessere Gesellschaftsordnung, in der die Früchte der Arbeit den Arbeitenden und der Gesamtheit zufallen. Wenn sich heute die Gewerkschaften vielfach gegen die kommunistischen Bestrebungen wenden, dann soll nicht vergessen werden, daß sie sich lediglich in der Abwehr unberechtigter Eingriffe befinden. An den Beispielen in Leunawerk, Leberlufen und Ludwigs haten wies er nach, wofin eine Gewerkschaftstaktik führt, die lediglich Parteinteressen dient. Der Richtungsstreik in der Gewerkschaftsbewegung soll sachlich geführt werden, damit ein späteres sicher zu erwartendes Zusammenfinden gegen den gemeinsamen Gegner nicht erschwert wird. Von diesem Gesichtspunkt aus seien auch die durch die Schuld der Kommunisten im Landtage entstandenen Vorgänge zu bedauern.

Unter großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden dem Vortrage des Genossen Brey, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion sprach sich Willi Schulz zu den Richtlinien des Referats in zustimmendem Sinne aus. Er versuchte lediglich anlässlich der Verhandlungen über einige Bestimmungen des Reichsrahmentarifs für die chemische Industrie die Berechtigung der Opposition nachzuweisen. Ueber diese Verhandlungen äußerte sich W. Reimann und warnte davor, die Dinge nur vom betrieblichen oder lokalen Gesichtspunkt aus zu sehen. Nach dem Schlußwort Brey wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Amerikanische Richter und Arbeiterinnenschutz.

(NPE.) Mit der Begründung, daß das Gesetz über die Festsetzung von Mindestlöhnen für weibliche Arbeiter, wie es der Kongreß für den Bundesdistrikt Columbia beschlossen hatte, nur ein preisfestigendes Gesetz sei, das sich auf „erwachsene“ Frauen beziehe, die von Rechts wegen in der Lage seien, so auf wie männliche Arbeiter Arbeitsverträge abzuschließen, hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten mit fünf gegen vier Stimmen dies Gesetz für verfassungswidrig und deswegen für null und nichtig erklärt. Das Urteil lehnt auch das für einen Schutz der weiblichen Industriearbeiterinnen häufig vorgebrachte Argument ab, als befände eine enge Beziehung zwischen der Höhe der Löhne für diese und dem Stand der öffentlichen Moral. „Es kann nicht bewiesen werden“, heißt es in dem Urteil, daß hoch bezahlte weibliche Arbeiter ihre Sittlichkeit besser zu wahren wissen, als schlecht bezahlte“. Um die soziale Auffassung des Obersten Gerichts noch weiter darzutun, sei endlich die Behauptung angeführt, daß „prinzipiell kein Unterschied bestehen kann zwischen dem Verkauf von Arbeitskraft und dem Verkauf von Waren“. Das vorgeschlagene Gesetz über Mindestlöhne lasse, nach Meinung des Gerichts, die Forderung vermissen, daß das Maß geleisteter Arbeit der Höhe der gezahlten Löhne zu entsprechen habe, und setze nur vor, daß die Löhne zu einer Lebenshaltung in Gesundheit und guter Moral ausreichen.

Die Fürst-Adolf-Werksätze in Bückeburg hat ihre gesamte Arbeiterschaft ausgeperrt. Der Schlichtungsausschuß in Minden hat den Einspruch der Arbeiter gegen diese Aussperrung als unbegründet erklärt. Es sind daher sämtliche Leute entlassen worden. Die Werksätze wird in absehbarer Zeit nicht wieder eröffnet werden, da eine Verständigung mit der bisherigen Belegschaft ausgeschlossen erscheint.

Soziales von dem Bezirksamt Wilmersdorf. In der Notiz im gestrigen Morgenblatt ist ein bedauerliches Versehen unterlaufen. Es handelt sich nicht um das Bezirksamt Wilmersdorf, sondern um das von Schöneberg.

Deutscher Holzarbeiterverband, Musikinstrumentenarbeiter. Woche der Umkleier: Heute, Mittwoch, 5 Uhr Versammlung im Kleinkirchner Hof (oberer Saal). — Die Branchenleitung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Vertrauensleute der Holzröhrenbranche: Berichterstattung über das neue Lohnabkommen morgen, Donnerstag, 4 1/2 Uhr, Engelauer 24-25, Bibliotheksaal.

Zentralverband der Schuhmacher. Morgen, Donnerstag, 6 1/2 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24-25, Fortsetzung der Generalversammlung. Ohne Mitteilungsblatt oder Karte kein Zutritt. — Section der Taubstummen: Freitag 7 Uhr bei Baranowski, Berliner Weg 9.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3 (Dierks 1 Stellung).

Powolff als köstlichste Mischungslehre ist schmeckend und viel billiger als Milch oder sonstige Warmgetränke

Einfache Zubereitung — Hoher Nährwert

Bei **Korpulenz + Fettleibigkeit** sind **Dr. Hoffbauers** ges. zesch. **Entfettungs-Tabletten** ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse, kein Abführmittel. Ausführliche Broschüre gratis. **Berlin SW, Leipziger Elefantent-Apotheke** Straße 74 (Dönhofsplatz)

Ankauf

Spez. große Objekte und ganze Nachlässe



A. Grünberg

Potsdamer Str. 53, am Hochbahnhof Bülowstr.

SUNLICHT SEIFE

bereitet jeder Familie die schönste Pfingstfreude

Weitere Etatdebatte im Rathaus.

Sturm auf gegen den kommunalen Handel.

Die Stadterordnetenversammlung beendete gestern die erste Beratung des Haushaltsplans. Nach den Rednern der Wirtschaftspartei und des Zentrums nahm nochmals ein Vertreter der Sozialdemokratie das Wort. Auf die von den Bürgerlichen vorgebrachten Angriffe gegen die Kommunalpolitik des Magistrats antwortete Genosse Reimann. Er geißelte das Treiben der nur negierenden Opposition, die jedes Verantwortungsgefühl bar ist. Der Haushaltsplan wurde dem Ausschuss überwiesen. — Eine Debatte über die dem Kleinhandel dienenden Einrichtungen der Stadt, im besonderen über die kommunale Berliner Brennstoff-Gesellschaft, nahm den Rest der Sitzung in Anspruch. Den Rednern der Wirtschaftspartei, der Demokraten und der Deutschnationalen, die den privaten Handel vor dem Wettbewerb der Stadt schützen möchten, trat Genosse Reuter entgegen. Gegenüber ihrer Frage um den privaten Profit betonte er die Notwendigkeit, durch den kommunalen Kleinhandel das Interesse der Konsumenten zu schützen.

Die gestrige außerordentliche Sitzung begann nach 6 Uhr mit einer

Ehrung für den verstorbenen Walded Manasse,

dessen kommunale Verdienste als früherer Stadterordneter durch den Vorsteher Dr. Caspari volle Würdigung fanden. — Die Versammlung schloß die

Generaldiskussion des Stadthaushalts für 1923

fort. Der Sprecher der Wirtschaftspartei Müller-Franken führte die heutige Lage der Reichshauptstadt zu einem guten Teil auf die während des Krieges getriebene — Mieterpolitik (!) zurück. Der Redner verlangt für die Gemeinden wirksame Reichshilfe durch Wiedereinführung der kommunalen Zuschläge zur Reichseinkommensteuer.

Vange (Z.) wies es von sich, den Vorwürfen des Vorredners gegen den Uebergang der Finanzhoheit an das Reich so allgemein zuzustimmen, da die Erfüllungspolitik diesen Uebergang notwendig gemacht habe. Allerdings sei es eine verwerfliche Lage, sich einem Etat mit 28 Milliarden Defizit gegenüberzustellen. Er forderte Reichszuschüsse, wie sie die Stadtbahn erhalte, auch für die städtischen Verkehrsunternehmungen. Für die Wohlfahrts-, Jugend- und Gesundheitspflege und für die Sozial- und Kleinrentner müßten trotz aller Finanznot die städtischen Aufwendungen gesteigert werden. Die Befoldungs- und Lohnpolitik der Stadt nahm der Redner gegen die von rechts dagegen erhobenen Angriffe energisch in Schutz.

Als zweiter Redner der Sozialdemokratie nahm dann Genosse Reimann das Wort, um zunächst festzustellen, daß in den Bezirken hier und da zu sehr auf den Wert der Besetzung des Magistrats gegenüber gepöchtelt werde, wobei der Geist des Gesetzes zu kurz komme. Die Interessen des Ganzen müßten stets voranstehen. Durchweg sei die Stimmung der Arbeiterschaft, gleichviel ob im Osten oder im Westen, für das ungeteilte Groß-Berlin. Sodann kam er auf die

Berliner Notstandsarbeiten,

besonders auf die Fortführung der Nord-Südbahn zu sprechen und wandte sich in diesem Zusammenhang gegen Dr. Eisinger, der mit seiner abfälligen Kritik der Stadt und den Arbeitslosen einen gleich schlechten Dienst erwiesen habe. Dem Demokraten Wertes, der die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zur Frage der Erhöhung der Umsatzsteuer für die Verzögerung des Landessteuergesetzes verantwortlich gemacht hatte, trat unser Redner mit Schärfe entgegen. Eine Reichsregierung bestünde in Berlin allerdings insofern, als gewisse bürgerliche Kreise alles aufbieten, um die Kreditfähigkeit Berlins zu erschüttern; da reiche die Einheitsfront gegen den sozialistischen Magistrat von Müller-Franken bis Steininger.

Das Presse- und Nachrichtenamt

der Stadt Berlin sollte sich der Magistrat doch einmal gründlicher vornehmen; es verharre in völliger Passivität gegenüber gewissen bürgerlichen Organen, die nach wie vor mit städtischen Nach-

richten versorgt würden, obwohl sie andauernd alles aufkündigen, den Magistrat und seine Tätigkeit herunterzureißen. Alles spreche von Beamtenabbau, aber niemand trauere sich an dieses heiße Eisen heran, da man ein so schätzbares Element bei den Wahlen nicht entbehren möchte. Vielleicht wäre auf dem friedlich schwierigen Wege interaktioneller Verständigung etwas zu erreichen. Zum Schluß zerplückte Reimann die Argumente der Bürgerlichen gegen die „unberechtigte“ Höhe der Löhne der Jugendlichen. Damit schloß die Aussprache. Der Haushaltsentwurf ging an den Ausschuss.

Bürgerlicher Sturm auf gegen die BBZ.

Am 18., 23. und 25. Januar 1923 haben die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei Dringlichkeitsanträge eingebracht, die gegen die frühere BBZ (Berliner Brennstoffzentrale), die jetzige BBZ (B. B. Gesellschaft) schwere Vorwürfe wegen unzulässiger Konkurrenz gegen den Kleinhandel erhoben wurden. Am 12. März hat der niedergesetzte Ausschuss beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, daß er keine Veranlassung sieht, Schritte gegen die Geschäftsführung der BBZ zu empfehlen. Gleichzeitig wird beantragt, den Magistrat zu ersuchen, eine Trennung zwischen der Leitung des Kohlenamts und der BBZ, und eventuell Notstandsaktionen in Kohlenlieferung Kinderbewilliger getrennt von dem laufenden Geschäftsgange der BBZ zu erlebigen.

In der Aussprache ging der Wirtschaftsparteiler Berseke mit dem größten Geschick gegen den Magistrat und gegen alle kommunalen Einrichtungen ähnlicher Art vor, und ihm sekundierte nachher Linke (Dnoll), der allen Ernstes den Magistrat beschuldigte, die „umlaute Konkurrenz“ der BBZ unterstützt zu haben. Dazwischen glaubte auch Brenzel (Dem.) fordern zu müssen, daß der Verkauf von Brennstoffen an Private durch die BBZ sofort aufzuhören habe. Dr. Schmidt (Z.) stellte fest, daß die erhobenen schweren Vorwürfe sich in der Ausschlußberatung so ziemlich in nichts aufgelöst hätten; die Ausschlußanträge träfen das Richtige. Die Frage betreffs des privaten Handels sei von der Versammlung schon früher bejahend entschieden worden; von unzulässigem Wettbewerb sei ganz und gar nicht die Rede.

Gen. Reuter: Wo hat eigentlich der Ausschuss getagt? Wo hat er einstimmig oder fast einstimmig seine Beschlüsse gefaßt, wenn heute alle diese Vorwürfe wieder erhoben werden? Alle deutschen Großstädte haben sich damit abgefunden.

Ihrer Bevölkerung gute und billige Lebensmittel und Verbrauchsartikel

zu verschaffen. Heute predigen uns die Herren von rechts, daß die Wirtschaft ihr Monopol ist, daß die Städte da überhaupt nicht mitzureden haben. An das öffentliche Wohl, an das Interesse der Gesamtheit denkt man nicht. Die vorgekommenen sachlichen und formalen Inkonsequenzen werden durch die Ausschlußanträge beseitigt. (Beifall bei den Soz.)

Hallenstedten (D. Sp.) stimmte dem Vorgehen der Wirtschaftspartei zu. — Nachdem noch Dörr (Komm.) für die Ausschlußanträge eingetreten war, stand man nach 10 Uhr vor der Abstimmung, die aber mit allgemeinem Einverständnis auf Donnerstag verschoben wurde.

Das Nachtquartier im Vorgarten.

Eine Villenstraße in Lichterfelde-West. Eine Villa reiht sich der anderen an, dazwischen ab und zu ein mittelgroßes Wohnhaus. Hübsche Gärten im Grün liegen beschaulich davor. Und selbst wenn einem nichts von alledem gehört, kann man doch seine helle Freude daran haben. Ein merkwürdiges Erlebnis aber kann man in der Ringstraße haben. In dem Vorgarten eines Mietshauses geht ein Mann auf und ab und schaut unablässig auf einen rätselhaften, mit großen Plänen und Säden bedeckten Aufbau. Betrachtet man das ganze näher, so stellt man mit Befremden fest, daß unter den Plänen eine regelrechte Wohnungseinrichtung steht. Auf die Frage, warum die Möbel bei dieser unangenehmen Witterung im Garten stehen, kommt die Antwort: „Wir, d. h. Mann und Frau, sind mit unserem Mobiliar auf die Straße gesetzt worden. Wir dürfen keine Wohnung haben.“ Jetzt wird die Sache interessant. Also eine zweite Frage: „Worum sind Sie denn auf die Straße

gesetzt worden?“ Und nun entrollt der Mann vor einem ein Bild nicht nur von der Not, sondern auch von der Schande unserer Zeit. „Vor zwei Jahren“, so berichtet er, „bezog ich in diesem Hause als Untermieter eine Wohnung, die aus fünf Stuben, Küche und Mädchenkammer besteht. Drei Stuben nahm davon ein weiterer Untermieter ein. Die Küche war gemeinschaftlich. Vor etwa einem Jahre gab die Hauptmieterin diese Wohnung auf und uns, den beiden Untermietern, war es vergönnt, auf Verfügung des Wohnungsamtes hier weiter wohnen zu dürfen. Soweit ging alles ganz gut, bis eines Tages der in Lichterfelde-West amtierende und in Friedenau wohnende Pastor Antonowich entdeckte, daß in der Ringstraße zu Lichterfelde-West eine Fünfstückerwohnung, die ihm besser gefiel als seine Friedenauer Wohnung, vorhanden sei. Die beiden Untermieter ahnten in ihrer Sorglosigkeit nicht, daß das Damoklesschwert über ihren Häuptern schwebte. Eines Tages sauste es dann auch prompt herunter. Beide Untermieter wurden vor das Landgericht zitiert und mußten hier ein Urteil entgegennehmen, das auf Wohnungsräumung lautete. Einige Tage später billigte das Wohnungsamt auch die Räumung, ohne aber andere Wohnungen dafür zu beschaffen. Der Gerichtsvollzieher erscheint, die Frauen der Ehemänner werden vor Schreck krank und die Räumung wird verschoben. Doch Pastor Antonowich will die Wohnung besitzen. Einer der Untermieter soll die jetzt frei werdende Wohnung des Pastors in Friedenau beziehen, während der andere zusehen soll, wo er Unterschlupf findet. Er bittet den Pastor, ihm doch wenigstens ein Zimmer vorläufig zur Unterbringung der Möbel zu überlassen. Der Seelforger, der jeden Sonntag in der Kirche von Nächstenliebe predigt, lehnt dieses Ansuchen ab. Er bietet aber dem Untermieter — 10—20 000 M. als Entschädigung an, was dieser mit Recht ablehnt. Darauf werden die Sachen des Bedauernswerten im Vorgarten des Hauses untergebracht. Mitten im Mobiliar schaffen sich die beiden Eheleute ein Plätzchen, wo sie nachts ihr Haupt hinlegen können. Die erste Nacht haben sie überstanden. Und wenn die Einwohner von Groß-Berlin aufwachen und diese Zeiten lesen, dann hat das unglückliche Ehepaar, von dem die Frau der Geburt eines Kindes entgegensteht, eine zweite Nacht unter freiem Himmel zugebracht. Gar nicht weit von dem Nachtlager aber in Lichterfelde und weiter in Zehlendorf, Nikolassee, Schlachtensee, Wannsee gibt es Villen und Schlösser mit 30 und mehr Zimmern.“

Kraakel beim Fredericus-Film.

Die Gefährlichkeit des Schillertragens.

Wegen eines lärmvollen Auftritts, der vor und in einem Kino in der Andreasstraße bei einer Vorführung des Films „Fredericus Rex“ sich am 29. April vorigen Jahres abgespielt hatte, mußten gestern sieben Personen sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte auf die Anklage verantworten, durch Störung der Vorführung eine Mäßigung ausgedeutet zu haben. Außerdem wurden sie beschuldigt, die Zeitung des Fernsprechers durchschnitten zu haben, um die Herbeiführung der Polizei zu verhindern. Hauptangeklagter war ein 41jähriger Klempner Eduard Kaschke, der mit einem Trupp junger Leute in das Kino hineingestürzt sein sollte. Die sechs Mitangeklagten waren erst 20 Jahre alt oder noch jünger. Alle Angeklagten bestritten die Straftaten, die ihnen zur Last gelegt wurden. Kaschke hatte das Kino besucht, versichert aber, bei der Vorführung nur „Schwindel!“ gerufen zu haben. Einer der jüngeren Angeklagten, der gleichfalls bei dem Auftritt in dem Kino saß, gab an, die in das Kino eindringenden Personen hätten die Internationale angestimmt, da habe er als Arbeiter es für selbstverständlich gehalten, daß er mit einstimmte. Leute aus dem Publikum seien dann sofort über ihn hergefallen und man habe ihn sogar mit Messern attackiert, so daß er eine blutende Verletzung erlitt. Die übrigen Angeklagten waren überhaupt nicht in dem Kino gewesen, wurden aber verhaftet, weil man sie vor dem Kino in der Menge stehend traf und man sie nach ihrer Kleidung als zu den Störenfriedern gehörend ansah. Auf junge Leute mit kurzen Haaren und langen Haaren und ohne Hut und besonders auf Träger von Schillertragen sei, sagten einige der Angeklagten vor Gericht, eifrig gefahndet worden, und sie selber habe man nur wegen dieser Tracht herausgegriffen und festgenommen. Angestellte des Kinos haben von dem Kraakel eine ungünstigere Schilderung. Schließlich erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig, weil Verdacht des Landfriedensbruches vorliege, und überwies die Sache an das Landgericht.

6] Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Nylander.

„Als wir noch ganz klein waren“, fiel Elias ein, „und David uns getauft hatte, brachte Mutter uns in der Nacht zu Okulala, die steckte uns bis an den Hals in die See und machte ein Zeichen mit einem Haifischzahn. Fühle nur hier,“ sagte er und legte meinen Finger auf seinen Haarwirbel.

Ich fühlte unter dem überraschend weichen Haar eine lange, erhöhte Narbe.

„Okulala bekam dafür ein großes Schwein und Fisch,“ plauderte Elias weiter.

„Elias, du weißt doch, daß wir davon nicht sprechen sollen. Du weißt doch, wie David ist, wenn er es hört,“ sagte Sam vorwurfsvoll. „Mein Zeichen ist aber größer. Einmal, als wir fischten und ich meinen Speer verloren hatte und danach tauchte, kam mir ein Hai so nahe, daß er mein Bein berührte.“

„Vater schrie ordentlich im Boote,“ sagte Elias.

„Aber dann wurde dem Hai bange,“ fuhr Sam fort.

„Du meinst wohl gar vor dieser Narbe?“ fragte Wilson zweifelnd. „Ach nein, der Hai nimmt's nicht so genau. Kommt er heran, so kneift er euch so gut wie uns die Flossen ab und den Kopf dazu.“

Jetzt war so viel an Bord eingetrichtert, daß die Boje dicht vor dem Steven des Schoners lag. Ich sah schon auf der Boje und hatte den Schäkel durch den Ringbolzen gezogen, während Sam und Elias wetteiferten, wer zuerst die Ankerkette erfaßte, deren letztes Glied das Wasser berührte. Jede Muskel ihrer geschmeidigen nackten Körper, wenn sie sich reckten, um die Kette zu erreichen, zeugte von Kraft und Elastizität, und ihre dunkle, straffe Haut erinnerte an glänzenden Atlas, in Braunrot und Gold schillernd.

Da hatten sie sie! Mit vereinten Kräften hoben sie das schwere Kettenende auf und reckten es mir.

„Wilson, reiß die Bolzen her. Er liegt auf der Ducht neben dir,“ rief ich Wilson zu, der das Boot hielt.

Er nahm den Bolzen auf, um ihn mir zu reichen.

„Nimm du ihn,“ sagte ich zu Sam, der auf dem Rande der Boje hockte.

Beide, er und Elias, streckten sich gleichzeitig blitzschnell aus, um den Bolzen in Empfang zu nehmen. Die Boje, die schon während der ganzen Zeit etwas auf und nieder gewippt

hatte, fing bei ihren heftigen Bewegungen zu schaukeln an. Vielleicht kippte auch das Boot, als Wilson aufstand.

„Kud!“ sagte es, und der Bolzen fiel allen dreien aus den Händen in die See. Aber es dauerte nicht länger als einen Augenblick. Ein Pfäffchen ließ sich hören. Ein paar Wassertropfen spritzten mir ins Gesicht. Als ich die Augen wieder öffnen konnte, sah ich noch eben Elias' helle Fußsohlen über dem Wasser. Wie ein Pfeil schoß er geradeswegs hinter dem Bolzen her und sahste ihn. Jedenfalls sah ich einen ausgestreckten Arm. Da wippte die Boje heftig, wieder hörte man ein Pfäffchen, und zu meinem Entsetzen sah ich Sam sich direkt hinter dem Bruder her in die Tiefe stürzen.

Ob es gefährlich ist? will er ihm helfen? Vielleicht hat er einen Hai gesehen! Ich war starr vor Schreck.

Jetzt hatte Sam den Bruder erreicht, der den Bolzen in der Hand hielt und wie ein Frosch mit den Beinen strampelte. Sam erfaßte die ausgestreckte Hand, aber Elias zog sie zurück. Sam ihm nach. Das Ganze war bald eine einzige, zappelnde Masse. Immer tiefer sanken sie.

Es schwindelte mir vor den Augen. Wilson sprang auf und ergriff ein Ruder. Er schrie etwas, wußte aber vermutlich selbst nicht, was er tat.

„Werst eine Wursleine her!“ rief ich zum Schoner hinauf, wo alle wie versteinert über der Kelling hingen. Ich hatte selbst keine Ahnung, was ich mit der Wursleine wollte. Es schien mich auch niemand zu hören. Plötzlich aber fing man auch da oben zu rufen an: „Rettungsboje! Eine Leine! Sie ertrinken ja!“ Es sprang jemand auf, lehnte sich aber wieder über die Kelling.

Plötzlich ließ sich ein heftiges Schnauben und Brüllen, unterbrochen von munterem Lachen, auf der anderen Seite der Boje hören. Eine Hand schlug mit dem Eisenbolzen auf die Boje, daß es dröhnte. Sam schwang sich herauf.

„Ich habe ihn bekommen!“ rief er.

„Aber ich hatte ihn zuerst,“ lachte Elias, der neben dem Boot in die Hände kam.

Meine Hände zitterten, als ich versuchte, ihm ins Boot zu helfen. Er sah mich verwundert an, halb erschrocken, als ob er glaubte, daß ich ihm etwas Böses antun wollte.

„Elias,“ sagte ich und klopfte ihm auf den Arm, „wie kommst du nur wegen eines alten Eisenbolzens in die See springen!“

Elias sah mich noch immer verwundert an.

„Burden Sie bange?“ fragte Sam, als er gleich darauf die Kette hielt, während ich den Bolzen in den Schäkel schlug. „Es ist doch gar nichts, etwas so Großes heraufzuholen. Wenn Sie einen Fischhaken ins Wasser werfen, so bringen wir Ihnen den heraus, wenn Sie auch bis zehn zählen, ehe wir hineinspringen.“

„Alles klar, Sir!“ rief ich dem Steuermann zu und ließ mich in das Boot hinab, wo Sam und Elias jeder mit einem Ruder schon bereit saßen.

In demselben Augenblick tauchte des Schiffers Kopf über der Kelling auf. „Sam, Elias, her mit euch, ihr Selbsthänbel!“ rief er.

Die Jungen vergaßen ihren Eifer, warfen die Ruder ins Boot und sprangen in das Wasser. Und ehe wir noch das Boot am Fallreep hatten, waren sie längst an Bord. Als ich auf halbdred kam, um das Boot achteraus zu schaffen, stand Elias am Rade, das er eifrig hin und zurück drehte, während Sam einigen der Kameraden behilflich war, das Sonnensegel auszulapen.

„Dort ist unser Haus,“ sagte Sam, als wir auf der Rahe saßen, und zeigte mit der Hand.

Auf einem offenen Plage, nur von einigen riesenhohen, dichtbelaubten Bäumen beschattet, stand das Haus an dem Bache, der weichtürmend aus dem Walde hervorstürzte. So viel ich von hier sehen konnte, war es ein gewöhnliches, nettes Haus mit Fenstern, Türen und einer vorgebauten, überdachten Veranda.

Ich war überrascht. Auf Ranawaj hatte ich nur Grasshütten oder Schilddächer auf ein paar Pfeilern ruhend erwartet.

Aber dieses Dach glänzte im Sonnenschein, der sich durch die hohen Bäume drängte. Weißblech! dachte ich. Genau wie in den Erdbebengegenden von Südamerika oder auf den Bigwams unserer neuzeltlichen Rothhäute oder bei den Naoris auf Neuseeland oder daheim auf jedem besseren Wirtschaftsgebäude. Also auch auf Ranawaj!

Verschiedene ähnliche Häuser tauchten noch hier und da auf, in Grün gebettet oder von scharf markierten Kulturen umgeben. Ganz für sich allein stand das Lagerhaus am Strande. Eine Flagge war an der Stange vor dem Siebel gehißt.

(Fortsetzung folgt.)

Berliner Medizinstudium und Krankenhäuser.

Der Landtag hat am gestrigen Dienstag auf einen sozialdemokratischen Antrag hin den Betrag der Beteiligung des Staates an der Rhein-Rain-Donau-Aktiengesellschaft von 150 auf 300 Millionen Mark erhöht. Der Haushalt für das Rechnungsjahr 1919 hat mit einem Fehlbetrag von 4 Milliarden abgeschlossen. Ein noch ungedeckter Rest hiervon in Höhe von 332 295 886 M. soll nach dem Vorschlag der Regierung durch eine Anleihe aufgebracht werden. Das Haus stimmt dem zu. — Angenommen wird ein Gesetzentwurf zur Begründung von Provinzialschulkollegien in Oppeln und Schneidemühl. — Das Gesetz vom 10. Februar 1923 über den

Verkehr mit Grundstücken in der Stadtgemeinde Berlin wird dahin abgeändert, daß der Gemeindevorstand die Entscheidung über die Erteilung oder Veragung der Genehmigung auf die Bezirksämter übertragen kann. Die Fälle der eingegangenen Genehmigungsanträge machte diese Veränderung notwendig. — Ein sozialdemokratischer Antrag auf Hergabe von 3 Milliarden zur Schaffung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung geht an den Stadtschulsausschuß. — Im Anschluß an die Ablehnung eines kommunalistischen Antrages auf Bereitstellung von 4 Milliarden zur Unterfütterung der Kriegsschädigten verlangt das Haus, da es sich hier in erster Linie um eine Sache des Reichs handelt, in einer Entschließung Einwirkung auf die Reichsregierung zur Hebung der Notlage der Kriegsschädigten. —

Hierauf legt das Haus die Beiprägung der einzelnen Titel des Kultushaushalts fort, an der sich fast nur Abgeordnete der bürgerlichen Parteien beteiligen, und die durch umständliche Erörterungen kleiner Wünsche und Beschwerden in die Länge gezogen wird.

Zur Frage der Erhaltung des Goethehauses in Frankfurt a. M. erklärt die Regierung, daß die baulichen Mängel behoben sind und staatliche finanzielle Unterstützung vom Direktor nicht mehr gefordert wird, weil die Hilfe des Auslands, besonders Amerikas über die Hauptwierigkeiten hinweggeholfen hat. — Zu den einmaligen Ausgaben hat der Hauptausschuß als Position hinzugefügt: 150 Mill. M. für anstellungsfähige Studienassessoren zur Ueberleitung in andere Berufe (für den Fall der Einführung des numerus clausus).

Bei der Position der einmaligen Ausgaben für die Univerfität Berlin kommt

Abg. Dr. Weyl (Soz.)

auf die eigenartige Haltung der Unterrichtsverwaltung in der Frage der Anknüpfung der Berliner städtischen Krankenhäuser als Ausbildungsanstalten für die Medizinstudierenden zu sprechen: Die einmaligen Ausgaben für die Univerfität Berlin könnten, soweit sie sich besonders auf die Ausbildung der Medizinstudierenden beziehen, erheblich ermäßigt werden, wenn die Unterrichtsverwaltung mit größerem Wohlwollen die Anerbietungen entgegennehmen würde, die von der Stadt aus gemacht wurden. Der Hauptausschuß des Landtages hat sich im Widerspruch zu den Vertretern der Staatsverwaltung auf unseren Standpunkt gestellt, der dahin geht, das Staatsministerium zu ersuchen, städtische Krankenhäuser in geeigneten Fällen für Medizinstudenten als amtlich anerkannte Ausbildungsstätten anzunehmen. Es wäre Zeit, daß die Staatsverwaltung aus ihrer Passivität oder — richtiger gesagt — aus ihrer

Abneigung gegen die Stadtverwaltung in dieser Frage heraustritt. Die Bedenken des Ministerialdirektors Krüß gehen auf falsche Informationen zurück. Die Herren des

Ministeriums sind durch die medizinische Fakultät, zu deren Werkzeugen sich Ministerialdirektor Krüß und seine Mitarbeiter machen, gehindert, das durchzuführen, was die Stadt ihnen entgegenbringt. Nur die Herren der Fakultät würden materiell vielleicht Schaden leiden, aber das würde schließlich zu ertragen sein; denn die Erziehung der studentischen Jugend spielt doch die Hauptrolle bei dieser Frage, die besonders das Noabiter Krankenhaus berührt. Es wird den Herren Ministerialdirektor interessieren, daß die beiden in Betracht kommenden Herren ausdrücklich erklären, daß die Bedenken, sie könnten demnächst auf den Haushalt übernommen werden, vollkommen abwegig sind. Sie geben die bestimmte Versicherung ab, daß sie für alle Zukunft auf jede staatliche Versorgung verzichten. Sie erstreben die Ernennung zu unbeforderten Ordinarien nur deshalb, um in der Fakultät bei Habilitationen (Anstellung neuer Lehrkräfte) mitwirken zu können. Es ist nicht einzusehen, warum hier in Berlin nicht das gleiche durchgeführt werden soll, was in Regensburg auf dem Wege in Brestau, Frankfurt und Köln durchgeführt worden ist. Ich nehme an, daß der Ministerialdirektor, nachdem der Hauptausschuß sich unseren Antrag zu eigen gemacht hat, nun in gutem Willen an die Durchführung dieses Antrages herantritt. Wir bitten dringend, daß die Staatsverwaltung die Dinge im Sinne des Beschlusses des Hauptausschusses zur Durchführung bringt. (Beifall links).

Ein Regierungsvortrag erklärt, daß noch Schwierigkeiten beständen hinsichtlich der Zulassung der Berliner städtischen Krankenhäuser als Ausbildungsstellen für praktische Ärzte.

Damit war die Beratung beendet, Abstimmung nach Pfingsten. Nächste Sitzung Dienstag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Forst- und Gesteinsverwaltung. — Schluß 6 Uhr.

Filmschau.

Die Filme der Woche.

Man hat „Henri“ verfilmt, des Russen Archaifase in revolutionären Sexualroman, der vor bald zwei Jahrzehnten seine Verühmtheit mehr der Reklame der Besatznahme als seinem inneren Wert verdankte. Dieser Film „Häba Sianin“, den S. Carlsen mit Simonabenteiler dem Original nachschrieb, hat nicht mehr gemein mit der gefühlvollen Scherle des Buches. Eine Verühmtheit erzählt auf der Leinwand, der Akte, der Lust der russischen Seele sind verweht, und diese kleine, sentimentale Abenteuertragödie, die das Publikum bietet, könnte sich sehr wohl auch in Posamenten tragen. Des betaglichen, sonst so feiner Einfühlung zugänglichen Friedrich Feinitz Regie markiert mit beifälligen Menschenkenntnissen russische Atmosphäre und ist sonst wirklich nur um einen glatten, bildhaft recht hübsch gelungenen Ablauf der Begebenheiten besorgt. In diese unpersonlichen Aufmachungen spielen deutsche Schauspielkräfte dieses deutschen Filmgenies hinein. Nur einige russische Darsteller, darunter die jamaise Tarabina, bewegen durch wunderbare Lebenswärme in, auch von der Verfasserin gut gefassten Tönen. Das Drama steht wieder freundlich, aber fremdlich für die Grundstimmung des Films an, der im Rariorhaus zur Aufführung gelangt.

„Die Verühmung der Dolomiten Nordtiroles“ verkündet mit Sensationstropfen der Primus-Palast seinen neuesten Film. Wissen möchte ich nur, wie man die Dolomiten in Nordtiroles anfragen? Zunächst berührt es etwas peinlich, daß hier ein alpinistisches Abenteuer, das ein paar Hochtouristen betriebe das Leben gekostet hätte, mit einem gewissen boden-dramatischen Gehalt an der katastrophalen Situation des Bergsteigens

gezeigt wird. Darüber hinaus freilich liegt in diesen ungestellten Szenen unerhörte Spannkraft. Sie führen hinein in die Höhen und Gefahren der Hochtouristik, zeigen, wie eiferne Energie die abwehrende Felsenwelt bezwingt, und geben in klarstem Bild den Höhenreich, der jungfräuliche Finke umweht. — Ein schauerhafter Akt „Entsetzte Tiere“, mühsam zusammengeflochtene Konflikte mit moralischem Ende, führt Frankreichs Berlin auf die Leinwand, eine Darstellerin, die durch etwas unbilligstimmiges Temperament für die ebe Handlung ein ganz wenig einschüßigt.

„Zwei gegen Einen“, ein amerikanischer Film, der in der Chan-burg uraufgeführt wurde, trägt nicht die Berechtigung in sich, auswertigt zu werden. Ein unschuldig Verdächtigter und Gestellter erbebt eine Robinsonade und bekommt schließlich doch Mädchen, das er liebt. Technisch ist der Film gut, man arbeitet durchweg mit klarer Bezeichnung. Sonst aber erbebt man gar zu viel Hauerer, man spekuliert auf wiederholte Inszenierung und löst künstlerisches Empfinden gänzlich außer acht. Der seine Arbeit sind nur ein paar Episoden mit einem Hund. Alles in allem aber handelt es sich um einen Film aus dem Gänglingsalter der Filmkunst.

In der Bühnenschauproduktion sind nach einer letzten Tänzerin ein Tänzerpaar. Da in dem überfüllten Zuschauertraum nur ein kleiner Teil der Besucher Ruhe und Beifällungen des Tänzerpaares sehen konnte, war das Publikum bald interessanter als die Tänzer.

Der russische Spielfilm „Kollakola“ ist jetzt von der Alfa wieder in ihr Programm aufgenommen worden, und läuft im H. Z., Kollendorplatz.

Jugendveranstaltungen.

Waltung, Kaffee! Das Material für den Monat Mai muß unbedingt heute in der Zeit von 5-7 Uhr abgeholt werden.

Die Veranstaltungen müssen ebenfalls heute abend ebezeichnet werden. Die Funktionärsberatung findet morgen, Donnerstag, den 17. Mai, abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindefschule Gipsstr. 23a statt. Alle Funktionäre müssen erscheinen. Die Anwesenheit von den Abteilungen angeheißt. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Heute, Mittwoch, den 16. Mai:

Falkenberg bei Genua: Jugendheim Gemeindefschule Hofschoch. Dis-luffionsabend: „Das Wandern“. — Friedrichshagen: Jugendheim Berliner Straße 44. Vortrag: „Die Germanen“. — Friedrichshagen: Jugendheim Scham-melstraße 100. Vortrag: „Sankt Peter“. — Danneberg: Jugendheim Gemeindefschule Olsdorf. Vortrag: „Die Schwestern der Welt“. — Siedersberg: Jugendheim Berliner Straße 2. Vortrag: „Die deutsche Gemerfchaftsbewegung“. — Reichshaus: Jugendheim Gemeindefschule Wolpertstraße. Vortrag: „Was ist Sozialismus?“. — Frankfurter Viertel: Jugendheim Große Frankfurter Str. 16. Vortrag: „Die Freidenker“. — Siedersberg II: Jugend-heim Schule in der Seelung. Vortrag: „Was ist Bildung?“. — Siedersberger Viertel: Jugendheim Gemeindefschule Sonnenburger Str. 30. Vortrag: „Die Kirche und die Wissenschaft“. — Reichshaus: Jugendheim Gemeindefschule Olsdorf Str. 12-16. Dis-luffionsabend: „Das Wandern“. — Reichshaus: Jugendheim Berliner Straße 10-11. Vortrag: „Religion und Erziehung“. — Reichshaus. Am Donnerstag, 17. Mai, 7 Uhr, Jugendleiterlehre bei Weitz, Feinsingen, alle Anwesenheit. Alle Vereine, die Jugendmannschaften haben, sind verpflichtet, zu erscheinen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Touristenverein „Die Ratskammer“. Mittwoch 7 Uhr Probe für den K. V. S. L., Schule Gipsstr. 23a. Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Donnerstag, 17. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant Jacob Eber, Rössenstr. 30, Vereinsversammlung. Freitag, 18. Mai (2. Freitag), Familienausflug nach der Havelrainer Mühle bei Friedrichshagen. Treffpunkt dabei von 2-3 Uhr, Sonstige mitkommen.

Briefkasten der Redaktion.

A. I. Besten Dank; wird in „Welt und Zeit“ erscheinen. Wetter bis Donnerstag mittag. Etwas wärmer, überwiegend be-wölkt mit Regenschauern bei ziemlich starken, jähweiligen Stößen.

BRILLANTEN
Platin, Gold-
u. Silber-Bruch
kauft zu höchsten
Tagespreisen
„Sohow“
Juwelen-Ges. m. b. H.
Jerusalemstr. 19-20
zw. Hausvogtei-
u. Dönhofsplatz

Vorwärts-Inserate
verbürgen Erfolg!

Buchhdl. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2
Sonntage eines
Großstädtlers
in der Natur
Von
Kurt Grottelwitz
Mit einem
Vorwort
von
Wilhelm Bölsche
Preis-Grundzahl
gebund. M. 1,-
brosch. M. 0,50



Wollensieeiner
Anzug oder
Schlüpfer
kaufen?
so beschichtig Sie
vor anderweit.
Kauf meine
Riesenschlupfer!
Auf Kredit!
Das Neueste in
Lager- u. Galaway-
Anzüge
Ulster
Schlüpfer
Gummil-Mäntel
Dames-Konfektion
Möbel-
Einrichtungen
in 4 Etagen
A. DAMITT
Rosenthalerstraße
10-17.

Zigaretten
Cathay, Jerril, Salem,
Pavane, Felice, Phänomen
und andere überaus feinen
Meisenberg, Nachtig.
Grüner Weg 85
(Andreasplatz)

Die Abtreibung
der Leibesfrucht
von Universitäts-Professoren
A. Grotjahn
und G. Radbruch
Wichtig für
Eheleute, Ärzte
und Hebammen
Preis-Grundzahl
M. 0,10
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

An unsere lieben Freunde!

Durch Hinterlegung von 50 Millionen Mark ist die Vollstreckbarkeit des Urteils erster Instanz in Sachen Deutsche Kabelwerke gegen uns (wegen der Bezeichnung DKW) aufgehoben worden. Somit sich der Verwendung unserer Marke DKW, unter welcher unser rühmlichst bekannter Motor in aller Welt bestens eingeführt ist, nicht entgegen.



Esser elegant. Warenzeichen 293 678

Auf unsere erste Anzeige (Haftantrag) sind uns eine Fülle wertvoller Unterlagen zugegangen, aus denen wir klar sehen können, daß unser Rechtsstandpunkt dem objektiven Rechtsgefühl der weitesten Kreise entspricht. Wir bitten um weitere Unterstützung in unserem ehrlichen Kampf und bitten nach wie vor diesbezügliche Zuschriften an unseren Herrn Patentanwalt Dipl.-Ing. J. Tenenbaum, Berlin SW, 10, Neuenburger Str. 17, zu richten. In der von uns angestregten Klage gegen die Deutschen Kabelwerke in der gleichen Sache hat das Berliner Landgericht (I. 16. Zivilkammer, Patentkammer) beschlossen, Beweise darüber zu erheben, ob die Deutschen Kabelwerke, Berlin, wirklich Tapeten, Stallgeräte, Motoren, Leichtkraftfahrzeuge usw. erzeugen. Auch hierin erbitten wir zweckdienliche Unterstützung unserer getreuen DKW-Gemeinde.

Da wir seit Erscheinen der ersten Anzeige durch die bekannten Tatsachen unsere seitherigen Bannernfolge nicht veröffentlichten konnten, fügen wir dieselben tieferstehend wie folgt an:

1. IV. 1923	Ancona, Italien, Geschwindigkeitsr.	1.	Pr.
4. IV. 1923	Bologna, Italien	1. 2. 3.	Pr.
15. IV. 1923	Kassel, Straßenrennen	1. 2.	Pr.
22. IV. 1923	Heidelberg, Prüfungsfahrt	1.	Pr. (Klasse Ia)
22. IV. 1923	Heidelberg, Prüfungsfahrt	1. 2.	Pr. (Klasse II)
29. IV. 1923	Berlin, im Stadion	1. 2.	Pr. (Klasse I)
29. IV. 1923	Berlin, im Stadion	1. 2.	Pr. (Klasse II)
29. IV. 1923	Breslau, Zuverlässigkeitsfahrt	1. 2. 3. 4.	Pr. (Zotgeräder)
29. IV. 1923	Dudenhofen, Baharennen	1. 2.	Pr.
29. IV. 1923	Cassel, Baharennen	1. 2.	Pr.
6. V. 1923	Forst	1. 2.	Pr.
6. V. 1923	Göttingen	1. 2. 3. 4.	Pr.
6. V. 1923	Zuverlässigkeitsfahrt Quer d. Gau IIb	1. 2. 3. 4.	Pr.
6. V. 1923	Schwefinfurt, Zuverlässigkeitsfahrt	1. — 8.	Pr. (Franconia, Ems, Zeig)
6. V. 1923	Baden, Oesterreich, Trabrennbahn	1.	Pr.
6. V. 1923	Baden, Oesterreich, Sieger-Handikap	1.	Pr.
10. V. 1923	Magdeburg, „Rund um Anhalt“	1. 2. 4. 5. 6.	Pr.
13. V. 1923	Erfurt, Baharennen	1. 2.	Pr.
13. V. 1923	Helsingfors, Finnland, Straßenrennen	1. 2. 3. 4. 5.	Pr.
13. V. 1923	Helsingfors, Finnland	1.	Pr.
13. V. 1923	Helsingfors, Finnland	1.	Pr.
13. V. 1923	Chemnitz, Bergrennen	1. 2. 3.	Pr.
13. V. 1923	Odenwaldrennen	1.	Pr.

Hier wie üblich, zeigt somit der DKW-Motor und unser Werk: Bange machen gilt nicht! Vorwärts durch Kampf zu Recht und Sieg!
Zschopauer Motorenwerke J. S. Rasmussen, Zschopau i. Sa.

2 Waggons Porzellan 1 Waggon Steingut, 1 Waggon Glas

neu eingetroffen, gelangen zu äußerst billigen Preisen zum Verkauf

Porzellan	Einkoch-Gläser	Steingut
Speiseteller tief und hoch . . . 1475.-	Weingläser	Speiseteller tief und hoch . . . 590.-
Teller 10 cm. weiß 950.-	in großer Auswahl	Teller 10 cm. 490.-
Gemüschüsseln weiß 1950.-	zu enorm	Kartoffelschüssel bunt . . . 2400.-
Tasse und Mauschaße u. hoch	billigen Preisen!	Eßservice weiß, blaurot . . 95000.-
mit Untertasse, weißer		Washservice bunt, Steil. . . 58000.-
Schale und hoch 490.-	Emaille-	Washbecken 36 cm, bunt . . 12500.-
Kaffeekanne weiß, 6 Pers. . . 2800.-	Stahl- und Nickel-	Nachtgeschirre 2400.-
Kaffeefservice bunte Schale	waren	
6 Personen, 19500.-	bestens	
	ausgelegt	

Reisefutter, sowie sämtl. Ledertwaren besonders preiswert

Porzellan-Emaille-Mark

Spezialgeschäft größten Stils
Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 30-31

Größte Eile geboten! Preise steigen!
Noch
nebe
ich zu billigen Preisen, soweit Vorrat!

Gummimäntel 95 000, 145 000	Lederimäntel 85 000, 135 000
Covercoatmäntel 75 000, 118 000	Tuchmäntel 82 000, 165 000
Costumes 125 000, 265 000	Blaue Cheviotkleider . . . 45 000, 108 000
Alpakamäntel 72 000	Röcke 32 000, 54 000
Strickjacken 39 000, 54 000	Kunstseidene Jumper 39 000

Jetzt billig!!
Pflaummäntel Palzmäntel Krimmermäntel Astrachanmäntel Ulster
Neue Eingänge bis 50% teurer!
Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

